

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24 Sgr.

Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate
(14 Sgr. für die fünfgepal-
tene Zeile oder deren Raum;
Reklamen verhältnismäßig
höher) sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an demselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

Amtliches.

Berlin, 3. Jan. Se. K. H. der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, Allergnädigst geruht: Dem Direktor der Hebammen-Veranstaltung und Bezirksphysikus, Sanitätsrath Dr. Nagel zu Berlin den Charakter als Geheimen Sanitätsrath; und dem Bergassessor Friedrich Hermann Basse zu Siegen bei seiner Versetzung in den Ruhestand den Charakter als Bergassessor zu verleihen; ferner dem Stationskontroleur, Steuerinspektor von zu Konstanz im Großherzogthum Baden die Erlaubnis zur Anlegung des von des Großherzogs von Baden königlicher Hoheit ihm verliehenen Ritterkreuzes des Jähringer Löwen-Ordens; so wie dem königlichen Stallmeister Ramisch uessel zur Anlegung des von des Königs der Niederlande Majestät ihm verliehenen Ritterkreuzes des großherzoglich luxemburgischen Ordens der Ehrentreue zu erteilen.

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf die in Nr. 46 der Gesammmlung publizirte Allerhöchste Verordnung vom 22. d. M., durch welche die beiden Häuser des Landtags der Monarchie, das Herrenhaus und das Haus der Abgeordneten, auf den 12. Januar l. J. in die Haupt- und Residenzstadt Berlin zusammenberufen sind, mache ich hierdurch bekannt, daß die besondere Benachrichtigung über den Ort und die Zeit der Eröffnungssitzung in dem Bureau des Herrenhauses (Leipzigerstraße Nr. 3) und in dem Bureau des Hauses der Abgeordneten (Leipzigerstraße Nr. 55) am 10. und 11. Januar in den Stunden von 8 Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends und am 12. Januar in den Morgenstunden offen liegen wird. In diesen Büreaus werden auch die Legitimationskarten zu der Eröffnungssitzung ausgegeben, wie auch jede sonst etwa erforderliche Mittheilung in Bezug auf dieselbe gemacht werden.

Berlin, den 30. Dezember 1859.

Der Minister des Innern.
(gez.) Graf v. Schwerin.

Bekanntmachung.

Auf Grund Allerhöchster Genehmigung wird das durch die Bekanntmachung vom 7. März d. J. angeordnete Verbot der Ausfuhr von Pferden über die äußere Zollgrenze hierdurch dergestalt wieder aufgehoben, daß es mit dem 1. Januar 1860 außer Wirksamkeit tritt.

Berlin, den 23. Dezember 1859.

Der Finanzminister. (gez.) v. Patow.
Der Minister des Innern. (gez.) Graf v. Schwerin.

Die bisherigen Geheimen revidirenden Kassulatoren Gröbler und Matthiolus sind zu Geheimen Rechnungsrevisoren ernannt worden.
Se. königliche Hoheit der Prinz Friedrich Karl von Preußen ist nach Stettin abgereist.
Angekommen: Se. Erzengel der Staats- und Kriegsminister, Generalleutnant von Noon, von Düsseldorf.

Telegramm der Posener Zeitung.

Wien, Montag 2. Januar, Abends. Bei der heute stattgehabten Ziehung der 1854er Loose kamen folgende Serien heraus: Serie 110, 438, 599, 1080, 1138, 1731, 1822, 1882, 2134, 2358, 2574, 2807, 2929, 2978 und 3617.

Bei der Ziehung der Kreditloose von 1858 fielen die Haupttreffer auf Serie 1480 Nr. 15, auf Serie 3308 Nr. 87 und auf Serie 3926 Nr. 83.

Madrid, Montag 2. Januar. Gestern rückten die Spanier bis Castillejos vor. General Prim erfocht einen Sieg über die Mauren auf ihrer ganzen Linie. Der Verlust der Letzteren beträgt 15,000 Mann, die Spanier verloren 5—600 Mann.

Mobena, Montag 2. Januar. In Folge der Reklamationen der Familie Mortara ist der Inquisitor des heiligen Offiziums Feletti wegen Raubes des jungen Mortara verhaftet worden.

(Eingegangen 3. Januar 8 Uhr Vormittags.)

Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 2. Jan. [Die Neujahrs-Konstellation; Programm der Preussischen Zeitung; eine eventuelle Amtssuspension.] Der Kaiser Napoleon hat für gut gefunden, in diesem Jahre seiner Ansprache an das diplomatische Korps eine friedliche Färbung zu geben, und bis jetzt verlautet noch nicht, daß der günstige Eindruck der offiziellen Rede durch irgend eine halbblaue Aeußerung gegen den Vertreter einer europäischen Macht, wie ehemals gegen Hr. v. Hüner, getrübt worden ist. Ob diese Zurückhaltung des Kaiserlichen Reichers geeignet ist, die schweren Völkern, welche von allen Seiten den politischen Horizont umlagern, wirksam zu zerstreuen und den Friedenshoffnungen einen festen Anhalt zu geben, muß dahin gestellt bleiben. Thatsächlich ist, daß man in Paris noch immer auf das Zustandekommen des Kongresses rechnet und daß bisher allerdings keine der eingeladenen Regierungen eine wirkliche Abgabe notifizirt hat. In denselben haben Oesterreich und der päpstliche Stuhl den Eindruck der bekannten Flugschrift nicht verwunden können, ohne ihre ersten Bedenken in Betreff der darin enthaltenen Vorschläge gegen das Kaiserliche Kabinett kund zu geben. Eine amtliche Verläugnung der von dem anonymen Publizisten befürworteten Politik haben die beiden protestirenden Mächte nicht erlangen können; jedoch enthält die Neujahrsrede des Kaisers wieder einmal eine Phrase von der

„Achtung vor den bestehenden Rechten“. Außerdem soll Graf Bawlski nach Wien und Rom Erläuterungen haben gelangen lassen, von denen man eine beruhigende Wirkung erwartet.

Die „Preussische Zeitung“ ist mit der ersten Jahresnummer in neue Verlags- und Redaktionsverhältnisse übergetreten und erklärt sich in einem ausführlichen Artikel über ihre zukünftige Haltung. Sie verkündet, daß sie aufhöre, das halbamtliche Organ der Regierung zu sein, aber auch nach der Lösung der bisherigen äußeren Verhältnisse aus freier Ueberzeugung der Regierung innere Nähe bleiben werde. Das Programm, welches die „Preussische Zeitung“ bei dieser Gelegenheit giebt, ist durchaus maßvoll, (unser Bedauern übrigens ziemlich nichtsagend; d. Red.) und namentlich erscheinen die Grundsätze, welche sie in Betreff der deutschen Politik aufstellt, im hohen Grade geeignet, das von mitteleuropäischen und östreichischen Organen angelegte Verdachtssystem gründlich abzufertigen. Die „Preussische Zeitung“ erklärt, daß sie die Einigung Deutschlands nur auf dem Wege der Reform und der freien Zustimmung aller Beteiligten wünsche und daß sie, ungeachtet des Berufes unserer Regierung zu einer kräftigen Initiative, jeden aufrichtigen und zweckmäßigen Reformvorschlag von anderer Seite ohne Mißgunst willkommen heißen werde. Mit Rücksicht auf die oben angedeuteten inneren Beziehungen der Zeitung darf man in diesen Rundgebungen den Ausdruck der deutschen Politik unserer Regierung erblicken. — Die in der „Volkszeitung“ enthaltene Nachricht von der Amtssuspension des Polizeidirektor Stieber hat sich bis jetzt nicht bestätigt; doch hat, wie man hört, die Staatsanwaltschaft gegen denselben ein Verfahren eingeleitet, welches, wenn der Sache Folge gegeben wird, die Suspension unabwendbar machen würde.

[Vom Hofe.] Se. K. H. der Prinz-Regent empfangen heute Se. Hoheit den Fürsten zu Hohenollern-Sigmaringen, die Staatsminister v. Auerwald, Freiherrn v. Schleinitz und Generalleutnant v. Noon, nahmen den Vortrag des Wirklichen Geh. Rathes Maire und des Wirklichen Geh. Ober-Regierungsrathes Costenoble entgegen und ertheilten einer Deputation der Hallenser Audienz. — Heute findet bei S. K. H. dem Prinz-Regenten und der Prinzessin von Preußen ein größeres Diner statt, zu dem Se. Hoheit der Fürst zu Hohenollern-Sigmaringen, die Staatsminister Graf v. Pückler und Generalleutnant v. Noon, der Graf v. Arnim-Boitzenburg, der Generalmajor v. Plonski und mehrere höhere Offiziere, so wie die Präsidenten des Obertribunals, des Kammergerichts und des Stadtgerichts eingeladen haben.

[Unterrichtswesen.] Das Dezemberheft des Centralblattes für die gesammte Unterrichtsverwaltung in Preußen enthält unter Anderm nachstehende Verfügungen: 1) vom 5. September, daß ein auf Staatskosten in einem Seminar ausgebildeter Schulanfänger drei Jahre lang im Bezirke der betreffenden Regierung ein öffentliches Schulanfänger zu belinden verpflichtet ist; 2) vom 7. November, wegen Vorbereitung der Kandidaten der Theologie für die Stellung als Schulanfänger; 3) das am 20. Juli d. J. ergangene Reskript des Unterrichtsministers v. Bethmann-Hollweg über Beschäftigung und Anstellung jüdischer Lehrer an christliche Privatschulen, dem folgende Einleitung vorangeschickt ist: „Wir geben untenstehend das über diesen Gegenstand disponirende Reskript vollständig, weil in die Öffentlichkeit gelangte Einzelheiten aus demselben Mißverständnisse über die Ausdehnung der gewählten Berechtigung und die nach der Natur des Unterrichtsstoffs notwendige Beschränkung der Unterrichtsertheilung herbeizuführen geeignet sind.“ Das Reskript lautet: „Auf den Bericht vom 17. Mai d. J., die jüdische Lehrerin M. betreffend, erwidere ich dem königl. Provinzialschulkollegium folgendes: Es muß vorausgesetzt werden, daß die Eische mittlere Mädterschule, für welche die M. engagirt worden ist, eine Privatschule ist. In diesem Falle konnte das königl. Provinzialschulkollegium in seinem Bescheide an die Schuldeputation nicht Bezug auf den §. 2 des Gesetzes vom 23. Juli 1847 nehmen, da in diesem nur von „Anstellung“ der Juden an Unterrichtsanstalten die Rede ist, worunter selbstredend nur die Anstellung an öffentlichen Schulen verstanden sein kann. Obenwiegend trifft die Interpretation des Art. 12 der Verfassungsurkunde zu, durch welche die ablehnende Bescheidung des königl. Provinzialschulkollegiums hat motivirt werden sollen. Es kann dem Inhaber einer Privatschule nicht untersagt werden, für seine Schule jüdische Privatlehrer zu engagiren, wenn er dadurch nicht das öffentliche Vertrauen zu seiner Anstalt zu gefährden glaubt. Dagegen kann einem jüdischen Privatlehrer Unterrichtsertheilung in denjenigen Disziplinen nicht gestattet werden, zu deren Behandlung ihm gerade wegen seines religiösen Bekenntnisses die Befähigung abgeht. Hierher ist nicht nur der eigentliche Religionsunterricht zu rechnen, sondern auch die Behandlung des deutschen Lesebuchs, da in diesem, abgesehen abgesehen von seinen christlich-ethischen und nationalen Beziehungen, ein großer Theil des Stoffes spezifisch christlichen Inhalts ist. Hinsichtlich des Unterrichts in fremden Sprachen, so weit dieser in gewöhnlichen Schulen betrieben wird und wesentlich formelle Bildungszwecke erstrebt, trifft dieses Bedenken nicht zu. Hiernach hat das königl. Provinzialschulkollegium das weitere Erforderliche zu veranlassen und die M. auf ihre zurückfolgende Eingabe zu beschreiben. Berlin, den 20. Juli 1859. Der Minister der geistlichen u. s. w. Angelegenheiten, v. Bethmann-Hollweg.“

[Belästigungen der Presse.] Die B.Z. schreibt: Die Preßgewerbe unterliegen in Preußen so zahlreichen und drückenden Beschränkungen, daß die Behörden darauf bedacht sein sollten, diesen Druck nicht durch willkürliche, in den Gesetzen nicht begründete Einrichtungen zu vermehren. Das Preßgesetz hat den Zeitungen die Bestellung einer Kaution zur Pflicht gemacht, es bestimmt,

daß die Kautionen mit 5 Prozent in halbjährigen Raten verzinst werden sollen. Die Zinsen für das zweite Semester jedes Jahres sind mithin am 31. Dezember fällig; gleichwohl hält die königliche Staatskasse es für statthaft, am 31. Dezember wegen der bei ihr stattfinden Kassenrevision die Zahlungen zu sistiren und den Termin willkürlich auf den 2. Januar zu verlegen. Dies das Eine. Daß die Steuerbehörde das Zeitungssteuergesetz und die angrenzenden Regulative nach Auffassungen anwendet, deren Verträglichkeit mit der Absicht des Gesetzes nicht Jedem und nicht immer einleuchtend ist, davon wissen Zeitungsverleger aller Orten zu erzählen. Wir selbst haben schon manche Beschwerde laut werden lassen, der gegenwärtige Jahresabschluß giebt uns zu einer neuen Veranlassung. Bei Berechnung der für die Beförderung durch die Postanstalten zu erhebenden Gebühr (Postprovision) ist von dem Abonnementspreise der einer Steuer unterliegenden Blätter der Betrag dieser Steuer in Abzug zu bringen.“ So bestimmt das Gesetz über die Zeitungssteuer. Die Postbehörde, die von den Abonnenten den vollen Abonnementsbetrag mit Einschluß der Steuer und der Postprovision erhebt, ist hiernach gehalten, den Betrag der erhobenen Steuer an den Zeitungsbesitzer zurückzahlen. Diese Rückerstattung ist nichts, als die Anerkennung einer für den Verleger empfangenen Zahlung; die Behörde, welche diese dem Berechtigten wieder herausgiebt, thut nichts, wozu nicht jeder rechtliche Mann verpflichtet ist. Wenn sie sich den Empfang der zurückgezählten Steuerbeträge quittiren läßt, so thut sie das nur ihrem eignen Interesse, sie will nicht in die Lage kommen, das einmal bezahlte zum zweiten Male zu zahlen. Auf keinen Fall nun kann das Interesse der Behörde für den Steuerpflichtigen einen Grund abgeben, sich eine neue Besteuerung auferlegen zu lassen. Nichtsdestoweniger fordert die Steuerbehörde, daß die Duitungen über die restituirten Steuerbeträge mit dem tarifmäßigen Duitungstempel versehen werden. Der steuerpflichtige Zeitungsbesitzer muß demnach eine Stempelsteuer dafür entrichten, daß die Postverwaltung ihm das für ihn Erhobene wieder herauszahlt. Wir haben die Hoffnung, daß, wenn uns der nächste Landtag von der Zeitungssteuer nicht überhaupt frei machen sollte, doch jedenfalls diese und ähnliche nicht gutzubehaltende Belastigungen wegsallen werden.

[Verfügungen und Entscheidungen.] Die neueste Nummer des Justiz-Ministerialblattes enthält eine Verfügung des Justizministers vom 20. v. M. im Einverständnisse mit dem Handelsminister, wonach den Gendarmen ein Anspruch auf Gewährung eines Denunziantenanteils in Untersuchungen wegen Gewerbspolizei-Übertretungen nicht zusteht, auch dann nicht, wenn mit der Uebertretung zugleich eine Gewerbesteuer-Kontravention verbunden ist; ferner ein Erkenntniß des Obertribunals, worin angenommen ist, daß ein Richter, welcher in der Voruntersuchung die Staatsanwaltschaft vertreten hat, demnach in derselben Sache nicht Mitglied des Schwurgerichtshofes sein kann; endlich ein Erkenntniß des Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte, wonach die Bestimmung über die Art der Benützung des Gemeindevermögens von dem Beschlusse der Gemeindeversammlung abhängt, und der Rechtsweg gegen die von derselben getroffenen und von der vorgelegten Regierung genehmigten Anordnungen unzulässig ist.

[Rechtsentscheidungen.] Das Justizministerialblatt enthält ein Erkenntniß des königlichen Obertribunals vom 13. Oktober 1859, aus welchem folgende Punkte resultiren: 1) Der Zweck der Bundesbeschlüsse vom 9. Nov. 1837, vom 19. Juni 1845 und vom 6. November 1856 ging nur dahin, ein Minimum des Schutzes des Autorenrechts gegen den Nachdruck zu gewähren. Dies gilt namentlich auch von dem allegirten Beschlusse vom 6. November 1856. Daher sind durch denselben weiter gehende Begünstigungen der älteren preussischen Gesetze nicht befohlen. 2) Im Falle des §. 13 des Gesetzes vom 11. Juni 1837 ist die Frage: ob ein Werk „widerrechtlich vervielfältigt“ sei, nur nach preussischem Recht zu beantworten; das Verbot des Verkaufs solcher Werke bezieht sich daher auch auf die im Auslande gedruckten Werke, sobald sie nur nach preussischen Gesetzen für Nachdruck zu erachten sind, sollte dieses auch am Orte ihres Erscheinens nicht der Fall sein. 3) Die Einholung eines Gutachtens des Sachverständigenvereins über die Höhe der wegen Nachdrucks zu leistenden Entschädigung ist nicht wesentlich; wenn in dieser Beziehung von keiner Seite ein Antrag gestellt ist, kann der Instanzrichter davon absehen und die Schätzung selbst vornehmen. 4) Nach rheinischem Staatsverfahre ist jeder von mehreren Kassationsklägern gehalten, die Subtumbenzstrafe zu hinterlegen, wenn sie verschiedene Interessen haben. Ferner bringt dasselbe Blatt ein Erkenntniß des königlichen Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte vom 12. Februar 1859, wonach die Entscheidung darüber, ob für eingebrachte gemeinliche Wehl eine Steuer zu entrichten, und welcher Steuerart in Anwendung zu bringen sei, nicht den Gerichten, sondern den Steuerbehörden zusteht, was auch in dem Falle gilt, wenn wegen der Einbringung des gemeinlichen Wehls bereits eine gerichtliche Untersuchung eingeleitet und von den Gerichten dahin erkannt worden ist, daß eine Steuerdefraudation nicht stattgefunden habe; dagegen ist der Rechtsweg zulässig, wenn der angebliche Defraudant eine Entschädigung dafür verlangt, daß das eingebrachte Wehl von der Steuerbehörde in Beschlag genommen und der Werth desselben durch die längere Aufbewahrung vermindert worden ist.

[Verurtheilung.] Vor dem Kreisgericht zu Neuwied wurde neulich eine interessante Unternehmung wegen Unterschlagung verhandelt. Ein Schneider aus dortiger Stadt war angeklagt und vom Gerichtshof für überführt erachtet, daß er von Wollentuch und Futterzeug, welches ihm von einer dritten Person zur Anfertigung eines Rockes übergeben worden war, die übrig gebliebenen Reste an den Eigenthümer nicht zurückgeliefert, sondern in seinem eignen Nutzen verwandt habe. Der betreffende Gewerbetreibende scheint diese Reste als sogenannte Schmulappen und in Folge dessen als ihm gehörig angesehen zu haben. Das Gericht erkannte, daß diese Handlungsweise als Unterschlagung im Sinne der §§. 225 und 227 des Strafgesetzbuches zu betrachten sei, und verurtheilte den Angeklagten zu einer Gefängnißstrafe von einem Monat und Unterschlagung der Ausübung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer eines Jahres.

[Universitätsfrequenz.] Nach dem amtlichen Verzeichnisse des Personals und der Studierenden hiesiger k. Friedrich-

Wilhelms-Universität auf das Winterhalbjahr 1859—60 betrug die Zahl der immatriculirten Studierenden 1475 (129 mehr als im vorangegangenen Sommerhalbjahr). Davon zählte die theologische Fakultät 327 (darunter 27 Ausländer), die juristische 423 (105 Ausländer), die medizinische 313 (68 Ausländer), die philosophische 412 (127 Ausländer), 2 Inländer mit dem Zeugnisse der Maturität und 33 Inländer ohne Zeugnis der Maturität nach §. 36 des Reglements). Außer diesen Immatriculirten sind zum Hören der Vorlesungen berechtigt: 120 nichtimmatriculirte Pharmazeuten, 9 desgleichen Beflissene der Zahnheilkunde, 72 Eleven des Friedrich-Wilhelms-Instituts, 80 der medizinisch-chirurgischen Militärakademie, 502 der Bauakademie, 121 Berg-Gelehen, 6 remunirte Schüler der Akademie der Künste, 49 von dem Rektor ohne Immatrikulation Zugelassene, giebt 959 nichtimmatriculirte Zuhörer. Im Ganzen haben also 2434 an den Vorlesungen Theil genommen. Die Zahl der Dozenten beträgt 170, nämlich 15 in der theologischen Fakultät, als 5 ordentliche, 6 außerordentliche Professoren, 4 Privatdozenten; 23 in der juristischen Fakultät, als 11 ord., 3 außerord. Prof., 9 Privatdozenten; 40 in der medizinischen Fakultät, als 12 ord., 9 außerord. Professoren, 19 Privatdozenten; 88 in der philosophischen Fakultät, als 24 ord. Prof., 2 lesende Mitglieder der Akademie der Wissenschaften, 28 außerord. Professoren, 34 Privatdozenten, endlich 4 Lektoren der neueren Sprachen und der Stenographie.

Breslau, 1. Jan. [Evangelische Kandidaten.] Der gegenwärtige Bestand der evangelischen Kandidaten in Schlesien, die bereits mindestens eine theologische Prüfung bestanden haben, beträgt in runder Summe circa 120—130. Davon besitzen ungefähr 80 die Wahlbarkeit zu einem geistlichen Amte. Unter diesen befindet sich einer, der 1790, ein anderer, der 1796 geboren ist, und ein dritter aus dem Jahre 1801. Doch muß hier bemerkt werden, daß die Kandidaten von hohem Alter meist als Rektoren städtischer Schulen, zum Theil als Lehrer an Gymnasien fungiren. Der jüngste der wählbaren Kandidaten hat sein kanonisches Alter noch nicht erreicht. Im Verhältniß zu dem Kandidatenbestand etwa in den dreißiger Jahren von 1820 bis 1850, hat die Zahl des Vorraths auf diesem Gebiete um mehr als die Hälfte abgenommen, und ist in der neuern Zeit der Mangel so wesentlich hervorgetreten, daß sich für die geringer dotirten Hilfspredigerstellen, die meist mit Rektoraten verbunden sind, fast gar keine Bewerber mehr finden, weshalb solche Stellen lange auf ihre Wiederbesetzung harren mußten und noch müssen. (Br. 3.)

Breslau, 2. Jan. [Kinderpest.] Nach einer Bekanntmachung der hiesigen k. Regierung ist auch in Neudorf-Commende ein vereinzelter Fall von Kinderpest vorgekommen. Ebenso ist dieselbe in Gochowitz und Ostropa im Kreise Ost-Gleiwitz und zu Scheidt im Kreise Kosel neuerdings zum Ausbruch gekommen.

Glatz, 31. Dez. [Feuersbrunst; Witterung.] Heute Morgen traf hier die Nachricht ein, daß es die Nacht in Wartha gebrannt hat; es sind 4—5 Häuser, das Rathhaus und die hölzernen Buden an der Kirche abgebrannt; die Kirche, welche lange Zeit in Gefahr schwebte, ist gerettet. Ein trauriger Schluß des Jahres. — Wir haben immer noch einen starken Temperaturwechsel, des Nachts 5—11 Grad Kälte, des Tages bis 3 Grad Wärme, dabei regnet es fast täglich. (Br. 3.)

Köln, 1. Jan. [Zum Theaterbrande.] In der gestrigen Sitzung des hiesigen Zuchtpolizeigerichts wurde die Beschuldigung der fahrlässigen Brandverursachung verhandelt, welche in Folge der wegen Entstehung des Brandes des Kölner Stadttheaters geführten gerichtlichen Untersuchung gegen den Luftfeuerwerker und ehemaligen Theaterkassanten Matthias Deng von Seiten der Staatsbehörde erhoben worden war. Das Zuchtpolizeigericht schöpfte aus den bis Abends 8 Uhr dauernden Verhandlungen die Ueberzeugung, daß die von der Staatsbehörde erhobenen Beschuldigungen begründet seien. Es erklärte daher nach längerer Berathung den Deng der ihm zur Last gelegten That für überführt und verurtheilte ihn zu einer Gefängnißstrafe von drei Monaten und in die Kosten.

Münster, 31. Dez. [Wahlmännerversammlung.] Auf Eruchen vieler Wahlmänner haben die Abgeordneten des Bezirks Hagen-Bodum, die Herren Harfort und Ratorp, eine Versammlung der Wahlmänner auf den 1. Januar in Witten anberaumt, und wollen letztere einen Verein zu bilden suchen, der gegen die erlassenen Schulregulative und für Erlassung eines Unterrichtsgesetzes in liberalem Sinne wirke. (K. 3.)

Oesterreich. Wien, 1. Jan. [Die Vertrauenskommissionen und der kirchliche Konflikt in Ungarn.] Fünf Mitglieder der in Großwardein tagenden Vertrauenskommission veröffentlichen unter dem 22. v. M. eine Erklärung, um dem offiziellen Dementi gegenüber zu wiederholen, daß sie in der ersten Sitzung nur erschienen, um jene Inkompetenzklärung abzugeben, und in der zweiten, um das bezügliche Protokoll zu unterzeichnen, weiter aber an den Berathungen nicht theilgenommen haben, noch theilnehmen können und wollen (s. u.). Man sieht voraus, daß die Großwardeiner Kommission zu keinen bedeutenderen Resultaten führen werde, als in Pesth, Preßburg u. a. D. Man kann von jetzt an die ganze, mit unsäglicher Mühe ins Werk gesetzte Maschinerie der Vertrauenskommissionen als gescheitert betrachten. Der Volkswitz bezeichnet diese Körperschaften als Mißtrauenskommissionen; in Pesth z. B. hat die Regierung 44 abschlägige Antworten erhalten, ehe sie die 22 Vertrauensmänner aufgebracht, welche ihr schon so manche unverkennbare Mißtrauensbeweise gegeben; außerdem hatte man, um eine Verständigung zwischen den Mitgliedern zu verhüten, dieselben nur in der letzten Stunde von ihrer Ernennung benachrichtigt, als brauchte es einer besonderen Verständigung, wenn das ganze Land bereits einverstanden ist! — Dem „Wanderer“ wird geschrieben: „Der Debrerziner Kirchendistrikt hielt am 15. December eine Versammlung in Debreczin, in welcher die Repräsentanten der zum Kirchendistrikt gehörigen Gemeinden die aus der Sitzung des Kirchendistrikts jenseits der Theiß hervorgegangene, an den Kaiser bereits abgegebene Petition, nicht nur einstimmig annahmen, sondern aus freien Stücken ohne alle Aufforderung sich verpflichteten, zur größeren Manifestirung dieses Aktes die Annahme der Petition von Seiten einer jeden Kirchengemeinde schriftlich bestätigen zu lassen, und sie bis zum 1. Januar der betreffenden Superintendenz einzusenden. — Eine ähn-

liche einstimmige Annahme der an Se. Majestät gerichteten Bitte fand in der Versammlung des Biharer Kirchendistrikts am 13. Dezember statt. Am 26. Dezbr. hielten die Temeswarer Evangelischen einen Konvent ab, zu dem sich zahlreiche Mitglieder der Gemeinde eingefunden hatten. Als jedoch der Herr Seelsorger die Wahlen in das Presbyterium im Sinne des allerhöchsten Patent vom 1. Sept. und des k. k. Ministerialerlasses vom 2. desselben Monats vornehmen wollte: ertönte aus allen Theilen der Kirche eine lebhaft eingelegte dagegen. Da der Seelsorger auf der Vorannahme der Neuwahlen bestand, verließ der größte Theil der Anwesenden die Kirche. Doch selbst die in der Versammlung zurückgebliebenen Mitglieder wurden von dem Geiste der Verwahrung so sehr beherrscht, daß — wie es sich aus den Stimmzetteln ergab — von den bei tausend Seelen zählenden Gliedern sich kaum zwanzig vorfinden, die ihre Stimmen abgaben. Die zur Abstimmung Berichtigten verlangten die protokolllarische Aufnahme ihrer dahin lautenden Erklärung: daß sie sich heute in die Wahl des Presbyteriums nur deshalb eingelassen, weil die Stellen des Inspektors, Kassirers und anderer Beamten erledigt seien, durch deren Abgang die Leitung der kirchlichen Angelegenheiten ins Stoden gerathen müßte, daß jedoch diese Ergänzungswahlen nicht auf Grund und in Folge des allerhöchsten Patent geschähen.“

— [Die Aufstellung der Linieninfanterie] in 80 Regimentern wurde von dem Kaiser sanktionirt und die Stabs-offiziere sind ernannt. Wie die „M. Z.“ meldet, werden Oberstleutenants die neuen Regimenter kommandiren. Die Regimenter haben ihre bezüglichen Ergänzungsbezirke angewiesen erhalten und wurden aus den bestehenden zusammengeleitet; sie sind in Benennung und Abzeichen den gegenwärtigen gleichgestellt.

— [Kalender in Oesterreich.] Nach Aufzeichnung eines Bibliophilen sind bis zum 20. Dezember in den sämtlichen Provinzen der österreichischen Monarchie 187 Kalender erschienen, wovon 44 für Wien allein entfallen. Die übrigen vertheilen sich folgendermaßen: in Böhmen 36, wovon 17 in deutscher und 19 in böhmischer Sprache, in Galizien 12, in Kroatien 4, Italien 9, Kärnten und Krain 5, Mähren 11, Schlesien 2, Oberösterreich 9, Salzburg 7, Steiermark 12, Siebenbürgen 6, serbische Banatwidschaft 5, Tirol 7 und Ungarn 30, und zwar 23 ungarische und 7 deutsche.

Pesth, 28. Dez. [Die nationale Bewegung.] Der Verlauf der protestantischen Bewegung, welcher sich nun bereits zehn Etifel der ungarischen Protestanten angeschlossen haben, die Vorgänge vom 15. d. M., die bedeutenden Militär-Verstärkungen, welche man von Wien nach Ungarn schickte, diese und so viele andere Thatfachen beweisen hinlänglich, daß wir durchaus nicht übertrieben, wenn wir hier seit Monaten auf den Ernst einer Bewegung hingewiesen, in welcher gewisse Leute nur die Agitation einer „malcontenten Fraktion der magyarischen Aristokratie“ sehen wollten. Der Verlauf der Berathungen in der sogenannten Vertrauens-Kommission liefert einen neuen sprechenden Beleg, wie wenig selbst das kleine Häuflein der „Erwählten“, welche die Regierung ihres besondern „Vertrauens“ werth und würdig erachtet, mit den gegenwärtigen Zuständen zufrieden ist. Aus der Pesth-Oefener Vertrauens-Kommission, welche schon in den ersten drei Tagen über die Hälfte ihrer (22) Mitglieder verloren, sind ferner die Herren Novotha, Berzeviczy und Doluzanyi ausgeschieden. Aus Großwardein erfahren wir, daß die dortige Vertrauenskommission die Verwahrung zu Protokoll gegeben: auch sie disantire die Gemeindegliederung nur in der Voraussetzung, daß die endgültige Erledigung der Frage auf reichstäglichem Wege erfolgen werde. Im Lande meint man, diese Herren Vertrauensmänner müssen wirklich eine über-große Dosis von naivem Vertrauen besitzen, wenn sie glauben können, daß ihre Berufungen auf den reichstächtigen Weg höhern Orts ernstliche Beachtung finden werden. Man scheint in der Hofburg weniger denn je zu Konzeptionen geneigt, Ungarn gegenüber so wenig, als gegen andere Theile der Monarchie; der Gouverneur von Venedig, welcher vor wenigen Tagen mit der Versicherung nach Wien gekommen, daß ohne Zugeständnisse das Regieren in Venedig unmöglich sei, und den Kaiser beschwor, diese Zugeständnisse doch lieber selbst zu machen, als sich dieselben vom Kongreß abdringen zu lassen, soll in einer Weise empfangen worden sein, welche ein baldiges Ende seiner Amtswirksamkeit voraussetzen läßt. Die Antwort auf die ungarischen und andere Forderungen ist dieselbe, wie sie es vor einem Jahre den Italienern gegenüber gewesen. — Der junge Szasz, Sohn des berühmten siebenbürgischen Oppositionsführers Karl Szasz, ist so eben auf sechs Monate internirt worden für den Toast auf die „Brüder im Exil“, welchen er bei Gelegenheit der neulichen Eröffnung des siebenbürgischen National-Museums ausgebracht. Eine politische Verhaftung war früher in Ungarn eine Kapitalfrage; heute ist sie Alltäglichkeit; hingegen sollen die wenigen Beamten, welche die österreichische Regierung unter den Ungarn zu werben vermocht, es immer überdrüssiger werden, dem gegenwärtigen System der Strenge und Plackerei als Werkzeuge zu dienen und unter den Befehlen der „Bach-Hufaren“ zu stehen, ein Epitheton, mit welchem hier allgemein die in den ungarischen Attila gesteckten böhmischen und galizischen Beamten bezeichnet werden, welche der langjährige Minister des Innern über Ungarn geschickt. (K. 3.)

Bayern. München, 31. Dez. [Die Gesangbuchfrage.] In der Pfalz scheint sich ein umfassender Widerstand gegen die Einführung des neuen Gesangbuchs einzuleiten. An verschiedenen Orten, z. B. Winzingen, Steinbach, sind von der Mehrzahl oder nahezu Gesamtheit der Bewohner Verwahrungen gegen die Einführung (es handelt sich vorerst nur um die Einführung in die Schule) eingereicht worden, und in Dittweiler, wo der Pfarrer acht Konfirmandenschüler vom Konfirmationsunterricht ausschloß, weil sie das neue Gesangbuch nicht besäßen, und sie bei fernem Widerstand ihrer Eltern nicht konfirmiren zu wollen erklärte, hat das Presbyterium eine Beschwerdeschrift gegen belagten Geistlichen wegen Mißbrauchs der geistlichen Gewalt auf Grund des §. 52 des Religionsedikts an den König gerichtet. (M. G.)

Sachsen. Leipzig, 31. Dezbr. [Eine Ovation für Arndt.] Wie schon erwähnt, war einer an die Studenten Leipzigs ergangenen Aufforderung, den Geburtstag G. M. Arndts durch einen Zug auf den Markt vom Paulinerhof aus zu feiern, dadurch entsprochen worden, daß die Studenten nach beendtem Konvikt auf dem Paulinerhof, wo sich auch mehrere Professoren eingefunden hatten, Arndts Vaterlandslied sangen und dem Verehrten ein Hoch

brachten, worauf noch eine Sammlung, wie bereits bemerkt, für die vertriebenen Schleswig-Holsteiner veranstaltet wurde. Das schleswig-holsteinische Vaterlandslied kam, wie nachträglich erwähnt sei, nicht zum Vortrag. Als nun die Studenten der ursprünglichen Absicht gemäß den Zug auf den Markt antreten wollten, stellten sich ihnen die Pedelle entgegen und verhinderten den Austritt durch die Worte: „Im Namen des Gesetzes!“ Die Studenten leisteten selbstverständlich dieser Nothwendigkeit Folge und begaben sich nun in die Restauration von Schag, wo ein Salamander auf Arndt gerieben, mehrere patriotische Lieder gesungen und von Professor Burfian ein Hoch auf Deutschland ausgebracht wurde.

Frankfurt a. M., 31. Dezbr. [Die französische Broschüre.] Das „Fr. Z.“ sagt: Man mag über den Ursprung und die Bedeutung der Broschüre „Der Papst und der Kongreß“ welche die „R. Z.“ dem deutschen Publikum früher aufstischte, als selbst das Pariser Publikum sie kannte, denken, was immer, jedenfalls ist sie eine Spekulation auf den Pariehaber außerhalb Frankreichs. Sie scheint darauf berechnet zu sein, diesen Gader zu wecken und zu nähern, welcher gleichbedeutend ist mit Zersahrenheit und Ohnmacht der öffentlichen Meinung, und welcher allerdings ein vortrefflicher moralischer Bundesgenosse wäre zur Förderung der Ziele, die sie empfindet. Divide et impera! Zerreiße die Macht der öffentlichen Meinung, und du hast freiere Hand zur Verfügung deiner Sonderzwecke. Sonderzwecke aber und nur solche, Zwecke eines spezifisch französischen politischen Interesses sind es, welche die Broschüre vertritt. Sie wird Niemanden, der zu lesen versteht, vom Gegentheile überzeugen. Diese Erkenntniß genügt, um die öffentliche Meinung Deutschlands, auf deren Verwirrung und Schwächung sie vorzugsweise berechnet zu sein scheint, vor einem Schritt in die ihr gestellte Falle zu bewahren, der sie zum unbewußten Bundesgenossen einer klug berechneten Politik des französischen Interesses machen würde.

Großbritannien und Irland.

London, 30. Dez. [Der Eindruck der Mocquardschen Broschüre.] Das Zeitung schreiben und Zeitung lesende Publikum schwelgt noch immer in der stillvergüglichen Stimmung, die das Mocquardsche (vulgo Lagueronnière'sche) Pamphlet hervorgezaubert hat. Alles hofft einen leichten operelosen Sieg der „italienischen Sache“ oder doch eher eine Verseindung L. Napoleons mit Oesterreich oder Preußen als mit England. Für den Augenblick hat man sich sogar die Invasionsstränge aus dem Sinn geschlagen. Von dem heuchlerischen Jubel derer absehend, welche sich auf einmal für die „Freiheit“ Italiens interessieren, da sie davon zu profitieren hoffen, wenden wir uns zu einer eigenthümlichen Erscheinung im englischen Protestantismus, die das kaiserliche Pamphlet ebenfalls hervorgerufen. Es giebt viele Protestanten im heutigen England, welche die Stunde des Papstthums gekommen glauben und in Louis Napoleon ein Werkzeug zum gewünschten Untergange des Katholizismus finden. An diese richtet die „Times“ die folgenden Worte: „Wir möchten unsere protestantischen Freunde bitten, in Bezug auf den nahen Sturz des Papstes nicht allzu sanguinisch zu sein. Wir wissen, daß der französische Kaiser ein großer Virtuose in der Kunst des Kiegels ist; wir haben gesehen, wie er einen Klerus und eine Armee kiegeln kann, und wir können uns darauf verlassen, daß er auch einen englischen Protestanten zu kiegeln versteht. Er hat nicht so viele Jahre in England gelebt, ohne herauszufinden, was für Ideen dem britischen Protestanten munden, was nach seinem Geschmack duftig und balsamisch ist und was seinen Phantasien schmeichelt; man kann ihn auf keine probatere Weise für den Kongreß im Voraus interessieren, als wenn man ihm sagt, daß er (der englische Protestant) den Papst stürzen wird. Aber unser religiöser Freund wird wohl zufrieden sein müssen, wenn ihm der Kongreß, anstatt seine volle Vision zu verwirklichen, vor der Hand etwas auf Abschlag giebt.“ So die „Times“. Aber abgesehen von diesem „Kiegeln“ und Worthalten Louis Napoleons, wer kann so thöricht sein, eine glücklichere freiere Entwicklung des Protestantismus zu erwarten, wenn der Papst à la Mocquard zu einem Pensionär Frankreichs gemacht wäre? Das politische Uebergewicht und das kirchliche in der einen Hand Napoleons, wo möchte dann noch eine Spur von Freiheit zu finden sein in diesem Welttheil? (M. P. 3.)

London, 31. Dez. [Cavour und der Kongreß.] Die „Times“ bespricht die Sendung Cavour's, des „ersten Staatsmannes Italiens“, auf dem Pariser Kongreß. „England“, sagt sie, „mag im Stande sein, es zu ertragen, daß es von seinen größten diplomatischen Talenten in Folge der Anforderungen des Parlaments keinen Gebrauch machen kann, für Italien aber liegt ein Kampf um Leben und Tod vor; der entscheidende Augenblick ist gekommen, und Aller Augen sind auf Cavour gerichtet.“ Es unterlag keinem Zweifel, auf wen die Wahl der Italiener fallen würde. Victor Emanuel ist der italienischen Sache viel zu redlich zugethan, als daß er sich mit Bitterkeit an die Enttäuschung erinnern sollte, welche sich Cavour bei dem Frieden von Villafranca bemächtigte. Von den kleinen Männern, in hohen Aemtern, welche ihre hohen Aemter eben deshalb inne haben, weil sie kleine Männer sind und weil sie durchaus keinem einzigen mächtigen Interesse fürchtbar werden können, ließ sich voraussetzen, daß sie Cavour fürchten und hassen und für einen Plag im Kongresse gerade wie für irgend eine andere Auszeichnung intriguirenden würden. Wurden aber der italienische König und das italienische Volk sich selbst überlassen, so konnte es keinem Zweifel unterliegen, wenn sie als ihren Vertreter nach Paris senden würden. Es scheint jetzt endlich festzustehen, daß Cavour sich auf den Kongreß begiebt, und wir wissen, daß, wenn er dorthin geht, dies mit der Sanktion Napoleons III. geschehen muß. Es ist ein beruhigendes Gefühl, wenn man mit einem Manne zu thun hat, dessen Haltung sich mit einem gewissen Grade von Bestimmtheit voraussetzen läßt. Wenn Cavour auf den Pariser Kongreß geht, so wissen wir, zu welchem Zwecke er das thut. Napoleon III. ist über diesen Punkt mindestens eben so gut unterrichtet, wie das übrige Europa, und wenn er gestattet, daß Cavour auf den Kongreß geht, so können wir uns denken, welche Vorschläge er dort gestatten wird. Es steht fest, daß Cavour sich auf keine Rücksichtspolitik einlassen wird. Sollte irgendwie ein Vorschlag gemacht werden, welcher darauf abzielt, Italien wieder jenen elenden Zustand aufzuzwingen, in welchem es so lange geschmachtet, so wird sich eine tühne Stimme zum Protest erheben. Die Basallen der

alten Lombarden, die sich auf sächsische und schwäbische Kaiser stützenden ghibellinischen Republiken und die sich an Oestreich lehnen den modernen kleinen Fürsten gehören sämtlich der Vergangenheit an. Der Wahn, als könne Ordnung und Autorität in Nord- und Mittelitalien bloß mit Hilfe von fremdem Despotismus erhalten werden, ist veraltet. Italien ist friedlich, steht aber unter den Waffen. Es ist vom Kongreß ausgeschlossen; doch wird sich innerhalb des Berathungsraumes zum mindesten ein Italiener vernehmen lassen, welcher die Stellung Italiens zu wahren und seine Rechte zu vertheidigen sucht.

[Tagesnotizen.] Lord John Russell ist gestern von Windsor zurückgekommen. — In Chatham ist Befehl eingetroffen, daß sich 100 Mann vom ärztlichen Stabe am 5. des nächsten Monats nach China einzuschiffen haben. — Einzelne Abtheilungen der Armee werden gegenwärtig in der Kunst unterrichtet, rasch an Bord zu gehen und in Eisenbahnwagen einzusteigen. — Die englische Aristokratie hat in dem zu Ende gehenden Jahre ungewöhnlich viele Verluste erlitten. Es starben 26 Pairs des vereinigten Königreichs und 22 Barone. Die Bekanntesten darunter waren: Baron Macaulay, der Herzog von Leeds, die Grafen Minto, Jersey und Westmoreland, die Lords Holland und Hastings, die Barone Ramsay und Goldsmid, die Generale Jacob und Sir John Slade, die Admirale Sir David Dunn und Sir Henry Baker. Von anderen Notabilitäten starben Hr. Mount Stuart Glynstone, Lady Margan, die Herren Hallam, Brunel, Leigh Hunt, Professor Nichol, Stephenson und Thomas de Quincy.

[Weber Macaulay's Tod.] berichten die englischen Zeitungen folgendes Nähere: Der berühmte Geschichtsschreiber Englands starb vorgestern Abend um 8 Uhr in seinem Hause zu Kensington in Folge eines Herzleidens, an dem er seit Jahren gekrankelt hatte. Strenge Diät und eine vorsichtige Lebensweise hatten es ihm allein möglich gemacht, seine historischen Arbeiten fortzusetzen, nachdem er im Jahre 1852 von einer langwierigen schweren Krankheit aus dem Krankenbette aufgestanden war. Seit ungefähr 2 Jahren hatte sich seine Gesundheit sogar gekräftigt. Da trat, vor ungefähr 14 Tagen, das alte Leiden mit neuer Heftigkeit auf, und er erlag der Krankheit, nachdem die Aerzte ihn noch zu Ende der vorigen Woche außer Lebensgefahr geglaubt hatten. — Thomas Babington Macaulay, seit 1857 Baron und Pair von England, war nie verheirathet und somit erlosch sein Titel mit seinem Tode. Geboren im Jahre 1800 zu Botolph's-Claydon in der Grafschaft Leicesters, erfreute er sich von zarter Kindheit auf einer sehr sorgfältigen Erziehung. Sein Vater, Zacharia Macaulay, war nicht nur sehr reich, sondern ein allgemein geachteter Mann, dem seine eifrigen Bemühungen um die Abschaffung der Sklaverei eine Grabstätte unter Englands großen Söhnen in der Westminster-Abtei errungen haben. Ihm zur Seite wird wahrscheinlich sein berühmter Sohn bestattet werden. Letzterer studierte im Trinity-Kollegium von Cambridge, graduirte daselbst im Jahre 1822, machte hierauf in London (Lincoln Inn) seine Rechtsstudien und legte im Jahre 1826 sein regeltrechtes Examen als Advokat ab. Die Advokaten-Praxis aber war nie sein Ehrgeiz gewesen, dafür hatte er sich schon während seiner Rechtsstudien in literarischen Arbeiten versucht, und zwar erschienen die ersten derselben (es waren Gedichte — „die Armada“ und „die Schlacht von Cressy“) in der „Edinburgh Review“ und in „Knights Quarterly Magazine“. Sie fanden wenig Beachtung; desto größeres Aufsehen erregte seine im Jahre 1826 in der „Edinburgh Review“ abgedruckte „Abhandlung über Milton“. Es war der Grundstein seiner Berühmtheit, der erste kritische Aufsatz dieser Art, den er geschrieben hatte und dem die anderen bekannten in längeren und kürzeren Zwischenräumen folgten. Aber erst im Jahre 1843, als ohne seine Ermächtigung eine inkorrekte Ausgabe dieser „Essays“ in Philadelphia erschienen war, entschloß er sich, sie in England zu veröffentlichen. Sie sind seitdem vielfach vermehrt, wiederholt neu aufgelegt und fast in sämtliche Sprachen übersetzt worden. Da er Whig aus Neigung, Erziehung und Bildung war, so konnte es nicht fehlen, daß seine Parteigenossen sein großes Talent bald zu verwerthen trachteten. Nachdem sie ihm eine Anstellung im Bankrottgerichtshofe gegeben hatten, verschafften sie ihm, als er kaum 30 Jahre alt war, den Unterhauseitz für Calne und später die Sekretärstelle im indischen Amte unter Graf Grey's Verwaltung, dessen Reformbill er mit dem ganzen Aufwand seines Talents und Eifers unterstützt hatte. Im Jahre 1832 für Leeds gewählt, legte er 2 Jahre später dieses Mandat nieder und begab sich als Konseilsmitglied und Präsident der legislativen Kommission nach Kalkutta. Das indische Zivilgerichtsverfahren verdankte ihm eine wesentliche Umgestaltung, und diesem seinem Aufenthalt in Indien verdankt die Welt zwei seiner trefflichsten Abhandlungen (Essays) über Caste und Hastings. Kurz nach seiner Rückkunft — es war im Jahre 1839 — übernahm er unter Lord Melbourne's Premierschaft den Posten des Kriegssekretärs, den er bis zum Sturze des Whigministeriums (1841) bekleidete. Ein Jahr früher war er in Edinburgh zum Unterhausmitglied gewählt worden, doch defektirten ihm seine protestantischen Gefühle durch seine Befürwortung des Mainoots-Kollegiums verlegt hatte. Darüber entzündet, wollte er sich von der Politik für immer lossagen, aber Lord John Russell bewog ihn, in Glasgow als Kandidat aufzutreten. Dort wurde er wirklich gewählt, und wieder bekleidete er von 1846 bis 1848 einen hohen Posten bei der Regierung als General-Quartiermeister. Seine parlamentarischen Arbeiten hatten ihm während dieser Jahre genügend Zeit zu seinen historischen Studien gelassen. Im Jahre 1842 erschienen von ihm „Lays of ancient Rome“ und im Jahre 1848 die beiden ersten Bände seiner englischen Geschichte. Gleichzeitig aber zeigten sich auch die ersten Symptome der Krankheit, die ihn dahingerafft hat. Er mußte sich fortan geistig und physisch viele Entbehrungen gefallen lassen. Die Folge davon war, daß der 3. und 4. Band seines Geschichtswerkes, die mit dem russisch-orientalischen Frieden abschließen, erst im Jahre 1855 erscheinen konnten. Seitdem ist der 5. und der größte Theil des 6. vollendet worden. Im Jahre 1852 hatte Macaulay die große Genugthuung, in Edinburgh, das ihn so schwer gekrankt hatte, ohne sein Zutun, wieder ins Parlament gewählt zu werden. Er nahm das Mandat an, aber 2—3 große Reden abgerechnet, die gewissermaßen über dem Niveau der Debatte standen und sorgfältig gearbeitete Essays waren, hat er sich an den parlamentarischen Kämpfen weiter nicht betheiligt. Im Oberhause, das er seit seiner Ernennung zum Pair (1857) nur selten besuchte, war seine Stimme,

wenn wir nicht irren, auch nicht ein einziges Mal gehört worden. Die Aerzte hatten ihm das Reden aufs Strengste untersagt. In den Urtheilen über den geistlichen Schriftsteller weichen selbst die liberalen Blätter nicht wenig von einander ab; wie die Tories ihren populären Gegner zu verkleinern suchten, ist bekannt.

Frankreich.

Paris, 30. Dezember. [Suspendirung Dllivier's.] In der heutigen Sitzung des Zuchtpolizeigerichts trug sich eine Scene zu, die in den Annalen der französischen Gerichte zu den Seltenheiten gehört. Herr Dllivier (Deputirter und Advokat am Pariser Appellationshofe) wurde nämlich auf drei Monate vom Gerichtshofe suspendirt. Veranlassung dazu gab eine Aeußerung, die sich Dllivier über die Rede des Generalprokurators du Bignau erlaubte, der mit großer Heftigkeit gegen den Angeklagten Bachérot (er wird wegen seines Buches über die Demokratie verfolgt) sprach. Dllivier sagte nämlich, „er werde dem Beispiele des Generalprokurators nicht folgen, der die Debatte mit Leidenschaft geführt habe, was immer zu verwerfen sei“. Kaum hatte er diese Worte gesprochen, so unterbrach ihn der Präsident des Gerichtshofes und verlangte, daß er die gegen den Generalprokurator ausgesprochene Beleidigung zurücknehme. Dllivier erklärte, er habe keineswegs die Absicht gehabt, denselben zu insultiren; er sei bereit, seinen Ausdruck zu mildern, aber er könne unmöglich zugeben, daß die Debatte nicht mit Leidenschaft geführt worden sei. Der Generalprokurator erhielt hierauf das Wort und verlangte, daß man gegen Dllivier einschreite, indem er das weitere Verfahren der Weisheit des Hofes anheimstellte. Derselbe zog sich zurück und sprach nach Wiedereröffnung der Sitzung die oben erwähnte Strafe gegen Herrn Dllivier aus. Diese Strenge des Gerichtshofes brachte unter den anwesenden Advokaten die größte Aufregung hervor; alle eilten zu Dllivier, um ihm ihre Theilnahme zu bezeugen. Eine ähnliche Strafe wurde seit 1834, wo Michel (von Bourges) ebenfalls auf 3 Monate suspendirt wurde, von keinem Pariser Gerichtshofe mehr ertheilt. Der Prozeß gegen Bachérot ist auf nächsten Freitag vertagt worden. Derselbe wird sich natürlich einen anderen Advokaten nehmen müssen.

[Die Dappenthalfrage.] Der „Constitutionnel“ kommt wieder einmal auf die Dappenthalfrage zu sprechen, wobei er natürlich das Recht Frankreichs durchaus nicht in Zweifel zieht, und deshalb auch keinen Grund gegen die Separatverhandlungen zwischen Frankreich und der Schweiz einsieht. Nach seiner Meinung handelt es sich für die Schweiz bloß darum, ob sie das Theil gratis abtreten, oder einen Kauf eingehen, oder eine Theilung vornehmen will; und für Frankreich, ob es sein Besitzrecht vor 1815 in Anspruch nehmen oder die Vorschläge von 1798 und 1802 wieder aufnehmen, d. h. die Straße von Gex eigenhändig erwerben will. Und es will das Letztere, sagt der „Constitutionnel“.

Paris, 31. Dez. [Tagesnotizen.] Durch kaiserl. Dekret vom 14. Dezember ist die Stadt Saint Jean d'Angely ermächtigt worden, dem Grafen Regnault de Saint Jean d'Angely (Staatsminister, Großprokurator, Staatssekretär der kaiserlichen Familie, Großadler der Ehrenlegion, Mitglied des Instituts und Präsident des Staatsraths im ersten Kaiserreich) eine Statue zu errichten. — Das Dekret, welches die französischen Niederlassungen in Ozeanien in zwei Hälften theilt, ist unterzeichnet. Neu-Caledonien und Taiti werden zwei abgesonderte Kolonien bilden. Der gegenwärtige Gouverneur, Schiffskapitän Saisset, wird nach Frankreich zurückkehren, und sollen zwei Zivilpersonen zu Gouverneuren ernannt werden. — Gestern wurden acht Portionen der zum Abbruche bestimmten Thorpavillons und Oitroimauer von Paris an den Meistbietenden für 131,396 Franken, d. i. durchschnittlich 16,424 Fr. per Portion, versteigert. Da nun die Mauer in 40 Portionen eingetheilt wurde, so kann die Stadt für dieses Material einen Erlös von 656,960 Fr. erwarten. Die Oitroimauer von Paris wurde mit den schwerfälligen Thorpavillons 1786—1788 gebaut und kostete den Generalpächtern mit den Terrains 25 Millionen. — In Folge der eingetretenen Kälte ist im Departement die Dllivenernte fast ganz zu Grunde gegangen. Der Verlust wird auf mehrere Millionen angeschlagen. — Der Ausgang des Prozesses Giblain macht hier großes Aufsehen. Er wurde von den Geschworenen in allen Punkten freigesprochen. Diese Punkte umfassen etwa 1800 Kontraventionen gegen das Börsenreglement, in deren Mehrzahl die Anlage einer Fälschung und Unterschlagung zum Nachtheile seiner Klienten konstatirt zu können glaubte. Wahrscheinlich in Bezugnahme auf den Prozeß Giblain heißt es, daß die Geschäftsordnung der Pariser Börsenbörse demnächst einer Revision durch den Staatsrath unterzogen werden soll.

Marseille, 31. Dez. [Marquis Antonini], der neapolitanische Bevollmächtigte beim Kongresse, ist gestern hier eingetroffen und unverweilt nach Paris weitergereist.

Niederlande.

Amsterdam, 31. Dez. [Berichte aus den Kolonien.] Ein im „Staats-Courant“ veröffentlichtes Telegramm des General-Gouverneurs von Niederländisch-Indien, datirt aus Batavia vom 7. November, lautet: „Die „Bahiana“ (das Fahrzeug, welches das elektro-magnetische Telegraphenbündel zur Verbindung von Batavia mit Singapur über Muntol enthält) ist in Batavia angelangt. Im Uebrigen keine Neuigkeiten.“ Ein so eben empfangenes Telegramm des Herrn Groll, Ingenieurs des Gouvernements-Telegraphen in Niederländisch-Indien, d. d. Muntol vom 22. November, meldet ferner, daß das Kabel zwischen Singapur und Muntol bereits gelegt sei und gute Wirkung habe. — Nach einem Bericht des königlichen Generalkonsuls zu Carracoe wird der Befehl des Generals-Oberbefehlshabers in den Provinzen Caro und Maracaibo vom 15. Oktober mitgetheilt, wonach die Küsten dieser Provinzen vom Cumarebo an bis an die Barre von Maracaibo, in Blockadezustand erklärt werden. Diese Blockade soll anfangen: für Fahrzeuge aus Curacao 3 Tage nach der Bekanntmachung an den Gouverneur dieser Kolonie; für Fahrzeuge aus St. Thomas und den übrigen Antillen nach Verlauf von 8 Tagen; aus Nord-Granada nach Verlauf von 15 Tagen; für die Vereinigten Staaten nach Verlauf von 30 Tagen und aus allen europäischen Häfen nach Verlauf von 2 Monaten. Zwei Tage später wurde festgestellt, daß der Hafen von Bela de Coro (der bedeutendste auf der Fahrt nach Carracoe) für den Handel offen bleiben solle; auch ist die Barre von Maracaibo frei geblieben. — In Berichten vom 7. d. M. aus Ba-

tavia erfährt man aus Celebes, daß auf eine baldige Beendigung des Krieges gegen Boni nicht zu rechnen ist. Die Bevölkerung beharrt in ihrer schroffen Feindseligkeit und es ist gefährlich, sich auch nur auf eine kurze Strecke von den Militärposten zu entfernen.

Schweiz.

Bern, 29. Dez. [Zu den Tessiner Wahlen.] Wie die „Fr. P. Z.“ vernimmt, haben die Tessiner Radikalen es sich doch viele Mühe kosten lassen, bis sie sich gegen den bundesrathlichen Wahlentscheid zum Refus an die Bundesversammlung entschlossen. Es fanden Versammlungen über Versammlungen statt. Einsichtsvolle, namentlich mit dem Gang der Verhandlungen in den eidgenössischen Räten vertraute Männer warnten ernstlich, man möge die Sache nicht vor die Bundesversammlung bringen, sie werde dort sicher nicht zu Gunsten Tessins entschieden werden, und eine Diskussion könnte noch gar mancherlei fatale Dinge zu Tage fördern. Das aber brachte die Grattados in die größte Wuth; sie drohten mit einem neuen Pronunziamento, sprachen von dem Anschluß Tessins an Piemont, forderten sogar offen zum Widerstand gegen den Bund auf. Der Schügenverein, der Arbeiterklub, die Helvetia, welche drei Vereine indessen alle aus denselben Leuten bestehen, erließen geharnischte Adressen an den Großen Rath und drängten ihn förmlich zu dem Beschluß. Der Staatsrath hofft, den Entscheid der Bundesversammlung bis zum Juli verschieben zu können; es wird ihm aber nicht gelingen, da der Bundesrath jeder Verschleppung seines Beschlusses zuvorkommen will. Die Volksstimmung in Tessin ist sehr aufgeregelt; die Regierungspartei droht auf alle Weise; die Opposition ist zwar auf ihrer Hut, kann aber bei dem herrschenden Terrorismus sich nicht frei bewegen.

Bern, 31. Dez. [Seminargesetz für den Kanton Bern; Vermischtes.] Der Große Rath von Bern hat endlich in erster Verathung ein neues Seminargesetz beschlossen. Bekanntlich hatte die konservative Regierung seit 1850 das Unterrichtswesen radikal verhungert, so daß zwar „regulirt“, aber nicht regulär war. Sie bezweckte den Jesuitismus in der Erziehung, die Mißhandlung des menschlichen Geistes, die Ausbrütung gedankenloser Mucker, die Aufdrillung militärfrommer Unterthanen. Zu diesem Behufe wurden vor allen Dingen die Seminare verkrüppelt. Der jetzt vom Erziehungsdirektor Lehmann eingebrachte Entwurf über die Lehrerbildungsanstalten des Kantons läßt eine größere Zahl Seminaristen zu, führt neue Unterrichtsfächer ein, vermehrt die Zahl der Lehrer und ihre Besoldungen, erweitert die Wiederholungs- und Fortbildungskurse im Seminar selbst und führt das System der konfessionellen Mischung für den Sura wieder ein. Die Gesamtausgabe wird 68,499 Franken betragen oder 19,000 mehr als bisher. Es lagen zwei Petitionen vor: die reformirte Geistlichkeit des Sura sprach sich gegen, die Helvetiaaktion Courtauloy für die konfessionelle Mischung aus. Bernard u. A. befürworteten die konfessionelle Trennung. Dagegen: durch solche Trennung im Seminar werden konsequenterweise Ansprüche zu konfessionell gesonderten Primär- und Sekundärschulen; zu einer katholischen Hochschule neben der protestantischen u. w. gerufen. Diese Gelüste sind nichts anderes als ein noch schädlicherer Ruf nach Religionsgefahr und können uns in St. Gallische Zustände stürzen. Der Kanton Bern hat keinen Beruf, dem Bildungsalter die konfessionelle Spaltung, die nicht im Volke, sondern nur in der Geistlichkeit herrscht, in die Seele zu graben. Mit Schamröthe muß man vernehmen, daß gerade von Seiten derer, welche christliche Liebe zu predigen berufen sind, die konfessionelle Spaltung zum öffentlichen Schaden unterhalten und gestärkt wird. Die reformirte Geistlichkeit im Sura kennzeichnet sich genugsam dadurch, daß sie die jungen Seminaristen abhielt, sich im Kanton Waadt auszubilden und sie vielmehr bestimmte, in einem Romier- (Mucker-) Institute auf französischem, also ausländischem Boden ihre Studien zu machen, während es doch dem Kanton darum zu thun sein muß, Bernische und schweizerische Lehrer zu haben. Der Erziehungsdirektor fand es höchst befremdlich, daß Bernard sich auf St. Gallen berufen habe. Grade St. Gallens Beispiel zeige, was für nachtheilige Folgen konfessionelle Trennung in Schulen u. s. w. mit sich führe. Dagegen lägen die günstigsten Berichte für das gemischte konfessionelle System in Graubünden, Thurgau, Aargau und Solothurn vor. Das Seminargesetz wurde sodann artikelweise verathen. Der Unterricht ist unentgeltlich; für Wohnung, Kost u. s. w. zahlt der Zögling in der Regel 100 Fr. Die patentirten Zöglinge müssen mindestens drei Jahre an einer öffentlichen Schule lehren. Am deutschen Seminar in Münchenbuchsee werden ein Direktor (mit 2500 Fr. nebst freier Station), 5 Hauptlehrer und die erforderlichen Hülflehrer (mit 2200 bis 800 Fr. angestellt. Das französische Seminar in Pruntrut erhält einen Direktor, 2 Haupt- und 2 Hülflehrer. Auch das von der Reaktion todgeschlagene französische Lehrerseminar wird wieder ins Leben gerufen. Aus den weiteren Arbeiten des Großen Rathes ist zu erwähnen: Annahme einer Vorlage der Bau-direktion über die Richtung und Kosten (322,000 Fr.) der Brünigstraße, Rückweisung eines Entwurfs über Erhöhung der Militärsteuer von 2 auf 6 Fr. an den Regierungsrath. Genehmigung des Vertrags über das Priesterseminar in Solothurn. — Der Große Rath von Waadt, durch die fast zur Weisheit angewachsene Opposition im Volke aufgerüttelt, hat für den Ausbau des Straßennetzes 1,800,000 Fr. auf 8 Jahre zu vertheilen, ausgenommen. Die Führer der Revisionspartei haben auf den 8. Januar eine Volksversammlung zu Lausanne ausgeschrieben. — Der Verfassungsrath von St. Gallen hat eine Kommission von 25 Mitgliedern aller Parteischattirungen ernannt, um bis Ende Februar einen Verfassungsentwurf auszuarbeiten. — Nach längeren Reibereien zwischen Erziehungsrath, Fakultät und Studenten in Zürich sind Griesinger in Tübingen und Villroth in Berlin an die klinischen Professuren berufen worden; den anfänglich berufenen Chirurgen Ruzbaum in München hat man dort gefesselt. — In Folge eines Beschlusses des Großen Rathes, wonach der Kursus des Obergymnasiums von 3 auf 2 1/2 Jahre beschränkt wird, hat Professor Röschly in Zürich seine Entlassung aus der Aufsichtskommission genommen; er erklärt öffentlich, daß jener Beschluß dem „Ruin der altklassischen Bildung“ herbeiführe. — Am Montag vereinigte sich in Zürich eine große Anzahl Deutscher nebst einigen Schweizern, um mit Rede und Gesang den wackern Ernst Moritz, den deutschen Patriarchen, zu feiern und ihm einige Worte der Verehrung zu senden. — Die Dezemberfeste in der Schweiz war ungewöhnlich; sie erreichte in Bern und Zürich 16 Grad, am 17. d. M. in Chaux-de-Fonds 22, und in

der Nacht auf den 21. sogar zu Genf 22 Grad, die niedrigste Temperatur des Jahrhunderts. Einige Passagiere auf den Postkutschen der Alpenpässe haben Hände oder Füße erfroren; einen Italiener auf dem Splügen brachte der Frost ums Leben. (N. Z.)

Italien.

Turin, 27. Dez. [Proteste.] Am 11. und 12. d. M. fanden in Sassari zahlreiche Bürgerversammlungen statt, um gegen die neuen Gesetze und Einleitungen zu protestieren.

Turin, 30. Dezbr. [Garibaldi; Proklamation; Grenzregulierung.] Garibaldi ist am 27. Dezember von Mailand hier eingetroffen. Sobald seine Ankunft bekannt wurde, versammelten sich die Offiziere der Nationalgarde und eine ungeheure Menschenmenge nach Porta Nuova, wo er wohnte, um ihn mit Begeisterung zu begrüßen. „Die Italiener“, sagte er, „sollen die Waffen nicht ablegen, so lange ein Fremder diese heilige Erde profanirt, die uns gehört, und welche Gott für die Italiener allein geschaffen.“ — Der Gouverneur von Pavia, San Gervasio, fordert in seiner Proklamation die Einwohner auf, sich um den Vater des Volkes, um den ersten Soldaten der italienischen Unabhängigkeit zu scharen, es sei, daß er das Volk rufe, mitzumachen zur Wohlfahrt des Landes, es sei, daß er sie zu neuen Kämpfen, zu neuen Siegen rufe. — Die Kommission zur Feststellung der lombardischen Grenzen auf Grund des Friedensvertrages mit Oesterreich ist bereits von Turin abgegangen. Präsident der Kommission ist Generalmajor Graf Petiti.

Florenz, 27. Dez. [Rüstungen.] Die Regierung Toscanas hat bei einer ausländischen Gewehrfabrik 20,000 Stück Präzisionswaffen bestellt; außerdem ist ein Theil der Artillerie bereits mit neuen Kanonen und ein Kavallerie-Regiment mit den mangelnden Waffen und Pferden versehen worden; im Arsenal wird unermüdet an der Fabrikation von 25,000 Gewehren unter Anleitung eines Schweizer Artillerie-Offiziers gearbeitet.

Rom, 22. Dez. [Die Zukunft Mittelitaliens; der Winter.] Die sich um die Tagesereignisse zu bekümmern veranlaßt werden, streiten noch einmal mit dem ganzen leidenschaftlichen Interesse der Partei über die nahe Entscheidung der politischen Zukunft Mittelitaliens. Es ist bemerkenswerth, daß manche Familien nach und nach von dort hierher kommen; sie wollen den Ausgang der vorhandenen gefährlichen Komplikationen nicht in der Heimath sehen, weil sie ihn fürchten. Wer in den letzten Tagen den Papst zu sprechen Gelegenheit hatte, fand ihn ruhiger und gefasster, was eine Folge von Pariser Mittheilungen durch den Herzog von Grammont an ihn sein soll. In gewissen klerikalen Versicherungen nach, sind dem Kardinal Antonelli während eines bevorstehenden Aufenthalts in Paris von der Partei des Grafen Montalembert mit Hrn. Bevilacqua an der Spitze Aufmerksamkeiten zugebracht, welche dem geistlichen Ehrgeiz aufs Höchste zu schmeicheln geeignet wären, damit die beschränkte Kirche wenigstens an der Seine einigermaßen in ihrem Vertreter erfreut und erquickt werde. Daß es nach dem Kongreß gegen die Herzogthümer und die Romagna zu einem bewaffneten Intervent kommt, wird hier mit Gewißheit angenommen. Wohl nur darauf, so meinen die Klerikalen, bezieht sich der in voriger Woche von Doula nach Civita-Vecchia und hierher gelangte Nachschub von Kriegsmunition. In der Engelsburg lagen schon 11,000 Faß Pulver; die Schienen also für die vorausgesehenen Eventualitäten nicht auszureichen. Aus Petersburg kam vorgestern Fürst Tschernitschew als Kurier an, und gestern hatte der russische Gesandte Audienz beim Papst. Seine Depeschen sollen die Interventionsfrage betreffen. Aus Wien kam der neapolitanische Kabinetskurier Longo hier durch. Ueberhaupt kommen und gehen im Augenblick gar viele außerordentliche Kuriere. — Der Winter wurde von ganz ungewöhnlichen atmosphärischen Erscheinungen eingeleitet: Tramontana und Scirocco waren in stetem Streit miteinander, bis der eifige Boreas endlich das Feld behauptete. In der Campagna sind die kleineren stehenden Gewässer und Lachen ohne Ausnahme überfroren, während die Apenninen in ihrer Ausdehnung nur gethürmte Schneemassen zeigen. (N. Z.)

Neapel, 20. Dez. [Verhaftungen.] Der Pariser „Presse“ wird geschrieben: „Nach den wiederholten Versicherungen Lord Clivots zu urtheilen, ist die Amnestie im Prinzip beschlossen; um jedoch einer recht großen Anzahl von Leuten verzeihen zu können, werden möglichst zahlreiche Verhaftungen wie zu den schönsten Festen der vorigen Regierung vorgenommen. Auf der Polizeipräfektur sagte man, die seit einem Monat dafür ausgegebenen Summen seien weit beträchtlicher, als die im vorigen Jahre ausgegebenen, und die Zahl der seit zwei Monaten Verhafteten belaufe sich im ganzen Königreiche auf 5000. In Longo hatte man nach dem Frieden von Villafranca gerufen: „Es lebe der König! Es lebe der italienische Bund!“ Letzterer Ruf war aufrührerisch und 43 Begeisterte sollten verhaftet werden. Ein Dupeud rettete sich über die Grenzen, 6 oder 7 wurden gefaßt und verurtheilt, die Uebrigen halten sich versteckt. Um sie zu fangen, werden ihre Frauen und Mütter eingesperrt und nicht eher freigelassen, als bis jene sich gestellt haben. In der Provinz Basilicate sind die Verhaftungen nicht zu zählen, man hatte hier etwa 60 dreifarbig, darunter sehr prächtige, Fahnen gefunden. Da man die Schuldigen nicht kannte, so wurden in jeder Gemeinde 3–4 Liberale aufgegriffen. Dort wurde auch ein junger Mann, Namens Ruggieri, verhaftet, weil er sich über den Ausgang der Schlacht bei Solferino gefreut hatte. Der Polizeibeamte, der mir dieses alles erzählte, glaubte dem Polizeidirektor die größte Ehre anzuthun. Von demselben Beamten weiß ich auch, daß die Polizei vergeblich nach den Verfassern und Druckern des „Kleinen Courriers von Neapel“ geforscht hatte; endlich hatte man ihn denunziert, ein gewisser De Martino sei dabei; nun sind aber die De Martino's in Neapel so häufig, wie die Schulze und Müller in Berlin. Die Polizei war deshalb nicht lange in Verlegenheit; in den Hunderten von Buchdruckereien, welche in Neapel existiren, wurden sämtliche De Martino's eingekerkert.

Spanien.

Madrid, 28. Dez. [Vom Kriegsschauplatz.] Das amtliche Blatt veröffentlicht ein ausführliches Bulletin über das Gefecht vom 17. d. Korrespondenzen aus dem Lager melden, daß die Cholera vollständig verschwunden sei und der Marisch des Heeres auf Tetuan demnächst bevorstehe. — Aus Madrid, 29. Dezbr., wird telegraphisch gemeldet: „Gestern hat das Geschwader Algeiras verlassen; seine Bestimmung ist unbekannt.“

Rußland und Polen.

Petersburg, 18. Dezbr. [Das Wegebauinstitut; Handelsleichterungen.] Das Wegebauinstitut hat am 2. d. das Fest seines 50jährigen Bestehens gefeiert. Gegründet 1809, hat es seitdem 1558 Zöglinge für den Staatsdienst ausgebildet. Die in demselben Zeitraume ausgeführten Arbeiten sind 6820 Werst Chausseen, wovon 1081 Werst allein in den letzten 3 Jahren gebaut worden sind (1740 Werst sind noch im Bau, resp. projektiert), ferner die Petersburg-Moskauer Nikolaus-Eisenbahn, die stehende Nikolausbrücke über die große Newa in Petersburg und ein Telegraphenweg von 13,600 Werst. Gegenwärtig zählt das Korps der Wegebauingenieure 29 Generale, 237 Ober- und 540 Unteroffiziere. Das Institut hat zur Zeit 259 Zöglinge und 75 Professoren. — Die im Dezember 1857 den Kaufleuten und ausländischen Gästen, welche an der Petersburger Börse Handel treiben, gewährten Erleichterungen in Bezug auf das Diskontiren von Wechseln sind auf die Bank-Komptoire in Riga, Moskau und Odessa ausgedehnt. Dem Bank-Komptoir in Moskau ist ferner bis auf Weiteres gestattet, unter Diskonto von Wechseln fremdstädtischer bekannter Kaufleute, besonders von bekannten Vorzeigern, ohne notarielle Verifikation der Unterschrift der Wechselgeber, Darlehen zu geben, so wie zum Diskontiren eine Frist von 9 Monaten anzunehmen. Dem Komptoir in Odessa endlich ist gestattet, Wechsel auf Moskau und Petersburg per 3 Monate, anstatt, wie bisher, nur per 40 Tage zu faufen.

Dänemark.

Kopenhagen, 29. Dez. [Personalien.] Der Minister für Holstein und Lauenburg in dem vor Kurzem zurückgetretenen Kabinet, Unsgaard, hat den von ihm vor seinem Eintritt in das Ministerium bekleideten Posten eines Stifstammes von Fühnen wieder übernommen und ist zum Geh. Konferenzrath ernannt worden. Der bisherige provisorische Stifstammes von Fühnen, Fischer, ist dagegen provisorisch zum Amtmann des Amtes Frederiksborg ernannt und tritt demnach an die Stelle des gegenwärtigen Konseilspräsidenten, Justizministers und interimistischen Ministers für Holstein und Lauenburg, Herrn Rotwitt.

[Berling als Seekönig.] Es ist erinnerlich, wie vor einigen Jahren der dänische Minister Scheel seinen Namen in Scheele verwandelte und dadurch einen Protest der gleichnamigen hannoverschen Adelsfamilie hervorrief, in welchem diese jede Verwandtschaft mit dem neuen Namensvetter bestritt. Wir erleben jetzt ein zweites Beispiel, daß ein dänischer Machthaber von bescheidener Herkunft sich mit dem Glanz vornehmer Abstammung zu umgeben sucht. Das ist allerdings eine eigenthümliche Erscheinung in einem so durch und durch demokratischen Lande, wie Dänemark; aber es kann Niemand befremden, wenn man bedenkt, daß ja sogar die republikanischen Nordamerikaner nach nichts so eifrig haschen, als nach dem Schein der Verwandtschaft mit altenglischem Adel. Dies Mal ist es der bekannte Kammerherr Berling, Reisemarschall und Intendant der Zivilliste, auch Mitbesitzer der „Berlingschen Zeitung“ in Kopenhagen und vormalig selbst Buchdrucker und Bekannter der jetzigen Gräfin Danner. Es ist nämlich ein kleines Büchlein erschienen, betitelt: „Historische Beweisführung, daß die Berlinge ein altadliges Geschlecht nordischer Abkunft sind. Berlin, Friedländer'sche Buchdruckerei.“ Hier wird der Name Berling als „freier Mann“ ausgelegt (von „ber“ oder „bar“, wovon auch „Baron“ = frei), und zugleich der Beweis geliefert, daß diese Familie in fast allen europäischen Ländern verbreitet sei, in Schweden und Dänemark als „Berling“, in Süddeutschland als „Berlinghen“, in Polen als „Berlinski“ und in Italien als „Berlinghieri“. (Und in Berlin als „Berliner“?) Das letzte Wort hat bekanntlich in der italienischen Sprache allgemach die Bedeutung „Schwelger und Schlemmer“ erhalten, wahrscheinlich, weil die dort als gothische Eroberer eingewanderten Berlinge den mäßigen Italienern wegen ihrer unmäßigen Lust an Speise und Trank auffielen. Als Stammvater des erlauchten Geschlechts ist muthmaßlich ein nordischer Seekönig oder Seeräuber anzunehmen, worauf auch das uralte Wappen der Berlinge hindeutet: im Schilde zwei Arme, welche einen mit fliegendem Aar bewipfelten Kommandostab halten. Was werden diesmal die Herren v. Berlinghen zu der neuen Betterschaft sagen? (N. P. Z.)

Türkei.

Konstantinopel, 14. Dez. [Kleine Notizen.] Sieben Provinzgouverneure wurden gewechselt. — Das griechische Journal „Byzantis“ ist verbannt worden. — Haidar Efendi ist zum Gesandten in Teheran ernannt.

Konstantinopel, 21. Dez. [Suezkanal; Personalien; Stürme; aus Persien.] Die Note der Pforte über den Sthmus von Suez ist noch nicht abgegangen, die fünf Gesandten dringen auf die Abfertigung. Der Artikel des russischen „Invaliden“, der andeutete, daß die Suezfrage vor den Kongreß kommen solle, hat großes Aufsehen gemacht. — Der Vorsitzende des Handelsgerichts ist wegen Unterschleifs verhaftet, der Handelsminister abgesetzt und das Portefeuille Ethem Pascha übergeben worden. Im Divan wird noch fortwährend geplänkelt. Der Großvezir wird wohl nicht mehr Stand halten können, da seine Ersparungs- und Gehalts-Verkürzungs-Maßregeln die hohen Herren der Staatsmaschine tief erbittert haben. — Die tunesische Gesandtschaft ist sehr befriedigt wieder heimgekehrt. — Die Stürme im Schwarzen Meere dauern fort. Der schlimmste Tag ist der 7. Dezember gewesen, wo der Sturm an der rumelischen Küste entsetzlich gehaust und mehrere Leuchthürme umgeworfen hat. Bis jetzt sind 11 Schiffe von jenem Tage gemeldet. — Nach Nachrichten aus Teheran vom 17. Novbr. war der neue englische Gesandte, Sir Henry Rawlinson, dort eingetroffen und am 15. vom Schah feierlich empfangen worden.

[Ueberschwemmung.] In Nicosia (Insel Cypern) ist der Fluß Pidia in Folge starker Regengüsse am 10. d. ausgebrochen und hat große Verheerungen angerichtet. Wie die Wiener Zeitung schreibt, sind 47 Häuser und 150 Kaufläden eingestürzt; in sehr vielen Magazinen wurden die Waaren beschädigt. Mehr als hundert Maulthiere sind von den fallenden Trümmern erschlagen worden. In der Stadt allein wird der Schaden auf zwei Millionen türkische Piaster veranschlagt; das flache Land hat ebenfalls sehr gelitten. Das Traurigste ist, daß auch 16 Menschenleben verloren gingen.

Belgrad, 24. Dez. [Fahresfeier; eine Entscheidung; Beziehungen zur Pforte.] Glockengeläute, Geschüßsalven und die auf den Straßen herumziehende Musikbände verkünden heute die Feier des Tages, an welchem im vorigen Jahre Fürst Milosch zum Herrscher in Serbien zum zweiten Male proklamirt wurde. Abends wird die Stadt beleuchtet. In dem nicht unbedenklichen Zustande des Fürsten ist ungeachtet vielfacher ärztlicher Berathung eine Besserung nicht eingetreten. — In Sachen des eigentlichen und rechtmäßigen Eigentümers und Redakteurs des periodischen Blattes „Erbske Novine“, Milosch Popovic, hat Milosch auf kurzem Wege heroisch entschieden und die Schlussverhandlung gemacht, indem er die Anklageakten gegen den Popovic zerriß. — In der Angelegenheit zwischen dem türkischen Pascha und der serbischen Regierung wurde durch eine Intervention der Konjunkt zu Gunsten des Paschas entschieden und somit ist die Sache beigelegt. Danach dürfte sich die Mittheilung des „Erbske Dnevnik“, daß der Pascha seine Beziehungen zur serbischen Regierung abgebrochen habe, berichtigen.

Donaufürstenthümer.

Bukarest, 28. Dez. [Projektirte Anleihe.] Fürst Gousa beabsichtigt unter der Bürgschaft Frankreichs, Rußlands und Preußens und unter der Verpfändung der Salinen-, Zoll- und Klostergütertrage eine Anleihe von 60 Millionen Fr. zu machen.

Ionische Inseln.

Korfu, 21. Dez. [Die Parlamentsadresse] verspricht bereitwillige Berathung der vorgeschlagenen Verwaltungsreformen.

Asien.

Kalkutta, 22. Nov. [Expedition nach China.] General Sir Hope Grant, der bisher die Truppen in Audd befehligte, ist hier angekommen, um das Kommando des nach China bestimmten Expeditionskorps zu übernehmen. Es heißt, daß von Ostindien 5000 Mann europäischer Truppen und 5000 Sikhs zu diesem Korps stoßen sollen. Die Militär-Intendantur hat bereits Befehl erhalten, unverweilt die erforderlichen Vorkehrungen zum Unterhalt der Expedition zu treffen.

[Neueste Nachrichten aus Indien und China.] Der am 25. Dez. in Triest eingetroffene Lloyd-Dampfer „America“ brachte die ostindisch-chinesische Ueberlandpost mit Nachrichten aus Kalkutta bis zum 22. November, Bombay, 26. Nov., Kanton, 12. Nov. Die Rebellen an der Grenze von Nepal zählen noch ungefähr 6000 Köpfe, mit Einschluß von Weibern und Kindern. Der Tod Rana Sahib's wird durch eine Korrespondenz des „Englischman“ bestätigt; derselbe soll am 21. September erfolgt sein. Alle Zweifel sind aber noch nicht gehoben, die Nachricht konnte auch ausgeprengt worden sein, um die Engländer irre zu führen. Die Operationen gegen die Rebellen in Bundeled werden mit Energie fortgesetzt; im Gebiete des Rizam schlägt man sich noch immer mit den Kohillas herum; Wara ist ruhig. — Nach Sarawak, wo es noch immer nicht ganz geheuer, sind von Singapore aus Verstärkungen geschickt worden. — Auf Java (7. Nov.) glaubte man, Nachrichten aus Celebes zufolge, an eine sehr rasche Beendigung des Krieges mit Boni. Die Bevölkerung war feindlicher als je. In Batavia selbst war die Aufregung wieder beschwichtigt, welche durch die Abendung von 300 Ruhs für die Boni-Expedition hervorgerufen worden war. — Der amerikanische Gesandte, Herr Ward, ist von Japan zurückgekehrt und nach Kwanhsan gegangen, um, wie es heißt, den Generalgouverneur der Provinz zu sprechen und von diesem wahrscheinlich den Grund zu erfahren, weshalb man in den offenen Häfen den ratifizirten Vertrag der Vereinigten Staaten nicht will in Kraft treten lassen. — Von Indien sind abermals Truppentransporte eingetroffen, welche in Kanton ihre Winterquartiere beziehen; vor Rat nächsten Jahres wird jedoch, heißt es in einem Berichte aus Kanton, gegen Peking kaum etwas unternommen werden, und es ist nach allem Anschein anzunehmen, daß das Geschäft im Süden Chinas durch den Krieg weniger benachtheiligt wird. — Der Handel mit Japan ist in raschem Zunehmen. Kanagawa dürfte der bedeutendste Handelsplatz für die Fremden werden. Der Rat daselbst war nach den letzten Berichten mit Rücksicht ziemlich gut versehen und, nachdem der Japanese mit den Bedürfnissen der Europäer mehr bekannt geworden, wird er auch seine Produkte diesen Bedürfnissen mehr und mehr anpassen.

Singapore, 17. Nov. [Telegraphenverbindung mit Java; Verschwörung in Sarawak.] Das Schraubendampfschiff „Bahiana“ ist am 10. d. Mts. von Liverpool mit dem Telegraphentabel, welches Singapore mit Java verbinden soll, hier angekommen und hat am 15., nachdem die nöthigen Vorbereitungen beendet waren, die Kabellegung von Tanjong Pagar in Singapore begonnen. Man hat die Route durch die Meerenge von Durian gewählt, weil dieselbe wenig von größeren Schiffen befahren wird, deren Anker den Kabel beschädigen könnten. Ein hier gestern Nachmittag eingegangenes Telegramm meldet, daß die „Bahiana“ sich damals etwa 20 Meilen südlich von Pulo Brahalia befand und daß bis dahin alles glücklich von Station gegangen war. Man glaubt, das Schiff werde heute Muntok auf der Insel Banka erreichen, wo eine Station angelegt werden soll, und werde etwa am 20. d. M. in Batavia eintreffen. Die „Bahiana“ wird von dem holländischen Kriegsdampfschiff „Merapi“ eskortirt. — Aus Sarawak erfährt man Näheres über die dort entdeckte Verschwörung einer Anzahl von Malaien zur Ermordung aller zu Sarawak befindlichen Europäer. Die Verschwörung scheint schon vor Jahresfrist von einem malaiischen Häuptlinge eingeleitet zu sein, der wegen Hochverraths faßirt, dessenungeachtet bald nach dem Ausbruche des chinesischen Aufstandes die Erlaubnis zur Rückkehr nach Sarawak erhalten hatte. Er hatte während der Dauer seiner Verbannung eine Pilgerfahrt nach Mekka gemacht, sich dadurch ein großes Ansehen bei seinen Glaubensgenossen erworben und dasselbe benutzt, um den Sturz der christlichen Regierung und die Einsetzung einer muhamedanischen vorzubereiten, dabei aber äußerlich den Schein großer Ergebenheit gegen die Engländer zu wahren gewußt. In Sarawak selbst scheint er indeß wenig Anhänger gefunden zu haben, weshalb er Anhänger von außerhalb warb. Das Komplot, obgleich Vielen bekannt, wurde doch Monate lang den Augen der Behörden entzogen, und die Rettung der Europäer ist nur dem Mangel an Einigkeit unter den Verschwörern zu danken. Verrathen wurde die Verschwörung durch Häuptlinge aus dem Innern des Landes, die man vergeblich zu gewinnen versucht hatte, und die energischen Maßregeln des Bizegouverneurs, Herrn Johnson, der sofort Alles auf den Kriegsfuß stellte, stellten die Sicherheit wieder her. Das Haupt der Verschwörung und drei andere Häuptführer wurden verhaftet und sofort des Landes verwiesen. Sie stehen im Begriffe, sich nach Arabien zu begeben. Zu größerer Sicherheit sind übrigens die Dampfschiffe „Hooghly“ und „Cet“ nach Sarawak beordert worden.

Hongkong, 15. Nov. [Vermittelungsverfuche.] Es heißt, daß die Amerikaner zwischen China und den beiden mit demselben im Streite liegenden europäischen Mächten zu vermitteln suchen wollen. Wenigstens weiß man, daß der amerikanische Gesandte, Herr Ward, am 2. d. M. von Shanghai abgegangen ist, um mit dem General-Gouverneur von Kiangsu eine Zusammenkunft zu haben. Zsüang hat den Obersten Marshall und Herrn Wane empfangen und die Chinesen glauben, daß So von dem Kaiser intruirt ist, die Amerikaner, wenn möglich, dahin zu bewegen, daß sie ein Arrangement mit Frankreich und England herbeizuführen suchen. Andererseits macht sich aber die kaiserliche Regierung durch Sammlung ihrer schwachen Wehrkräfte auf die Fortsetzung des Krieges gefaßt. Ergreifen die fremden Mächte energische Maßregeln, so könnte in Peking großes Unheil entstehen, da die Reiskorräume gering und daher die Reispreise sehr hoch sind.

[Chinesische Auswanderung; Schiffbruch.] Durch Vermittelung eines britischen Regierungsagenten und mit Bewilligung der chinesischen Behörden soll jetzt eine freie chinesische Auswanderung nach Westindien organisiert worden sein. — Von Manila kommt die Nachricht, daß das preussische Schiff „Der Ost“ auf der Fahrt nach Melbourne zu Grunde gegangen, die Mannschaft aber gerettet worden sei.

[Japanische Gesandtschaft nach Washington.] Aus Japan wird gemeldet, daß der britische Generalkonsul Alcock die erforderliche Einrichtung getroffen hat, um Herrn G. P. Hodgson als Konjul in Hakodadi, einer kleinen Stadt mit wenigen öffentlichen Gebäuden, zu installiren. Die Münzfrage war in Japan endlich dahin geordnet worden, daß Zebues gegen merita (Fortsetzung in der Beilage.)

nische Plaster zum Kurie von 311 für 100 eingewechselt werden sollen. Das Vertrauen zwischen den Fremden und der Regierung von Japan ist im Zunehmen. In dieser Hinsicht ist besonders zu erwähnen, daß jetzt von Seiten der letzteren ernsthafte Anstalten getroffen werden, die in dem Verträge mit den Vereinigten Staaten stipulirte Abwendung einer Gesandtschaft nach Washington zur Ausführung zu bringen. Die Gesandten sind schon ernannt und werden im Februar auf der amerikanischen Fregatte „Powhatan“ nach den Vereinigten Staaten abgehen. Die Gesandtschaft soll bestehen aus zwei Kommissären, zwei Senjoren zur Ueberwachung dieser Kommissäre, drei Vizegouverneuren, acht Generalen und Obersten, zwei Dolmetschern, zwei Ärzten und vierzig Dienern.

Amerika.

Newyork, 16. Dezember. [Verhandlungen des Repräsentantenhauses.] In der Sitzung des Repräsentantenhauses am 7. d. bewegte sich die Debatte meist auf dem Boden persönlicher Invektiven zwischen Demokraten und Republikanern. Endlich gelangte man auf den Antrag eines Herrn Wesslow zur Abstimmung über das Sprecheramt. Herr Sherman (Republikaner) erhielt 107 Stimmen, da aber 116 nöthig waren, kam abermals keine Wahl zu Stande. Kandidat der Demokraten war Woodcock, welcher 88 Stimmen erhielt. Der einzige Beschluß war, die nächste Sitzung mit Gebet zu eröffnen. Dies geschah auch am 8. d., wonach jedoch die Frage, ob noch Reden gehalten werden dürfen, ehe die Sprecherwahl entschieden sei, zu Gunsten der Demokraten entschieden wurde. So dehnte sich die unfruchtbare Debatte denn auch über die Sitzung vom 9. d. M. aus, in welcher zwei Abgeordnete, Logan und Kellogg (Illinois) handgemein werden wollten, was aber durch herbeigerufene Polizeidiener verhindert wurde. So ohne Ordnung, selbst ohne Organ, welches die Ordnung erhalten kann, wurde die Sitzung verbracht, an deren Schluß nochmals eine Sprecherwahl versucht wurde, jedoch vergebens. Ein neuer Wahlversuch in der Sitzung vom 12. blieb ebenfalls ohne Erfolg. (W. Z.)

Rosario (argentinische Republik), 23. Okt. [Der Krieg mit Urquiza.] Die Augen und Gedanken Aller sind auf den Krieg mit Buenos Ayres gerichtet, der endlich dieser Tage mit Ernst in die Hand genommen worden ist. Seit einigen Tagen ist Urquiza mit einem Heere von 15,000 Mann, das im besten Zustande und voll Begeisterung ist und gedeckt von einem Geschwader von 5 Dampfern, 4 Segelschiffen und 3 Kanonenbooten, auf das Beste bemannt und armirt, im Marsche. Heute erwartet man, daß eine entscheidende Schlacht auf der Grenze der Provinz Santa Fé y Buenos Ayres, in dem Arroyo del Medio, stattfinden wird. Die Chancen sind sämmtlich für Urquiza. Die Hiesigen haben bis jetzt noch in allen kleinen Kämpfen den Sieg davongetragen, und die Desertion aus dem feindlichen Heere, die sich fast schon auf 1000 Mann beläuft, ist ein sicheres Zeichen von dem Zustande desselben. Auch durch zu großen Muth zeichnet sich die Gegenpartei nicht aus. Bei der Forcierung der Enge von Martin Garcia von dem Geschwader Urquiza's schrie die ganze Mannschaft eines der dort ankommenden Schiffe in ihrer Angst: „Viva Urquiza, erschießen Sie uns nicht!“ Die herrschende Partei in Buenos Ayres ist klein, aber mächtig, zeichnet sich durch Intoleranz und Despotismus in jeder Weise aus, und wenn sie einmal gestürzt ist, wird es sich zeigen, von welchem Drucke das Land erlöst ist, und welche neue Ära für dasselbe angeht. Urquiza hat eine starke, strenge Hand, die den Zügel des Regiments hält, aber die Nothwendigkeit einer solchen ist nicht zu verkennen. Dabei hat er aber den guten Willen, sein Land glücklich zu machen. In keinem Lande kann der Fremde freier und geachteter gestellt sein, als hier, und das beste Zeugnis hiervon ist, daß fast sämmtliche Gesandte auswärtiger Höfe, besonders der brasilianische, französische und nordamerikanische, Freunde seiner Person und Stellung sind. (R. Z.)

Militärzeitung.

Deutschland. [Vermischtes.] Die großherzogliche kaiserliche Kavallerie, welche bisher aus einem (dem Garde-Gewährregiment) Regiment zu 6 Feld- und 1 Depotschwadron bestand und auf dem Kriegsfuß etwa 1300 Pferde stark war, wird nach einer neuerlichen großherzoglichen Verfügung vom 4. v. M. eine veränderte Organisation in zwei Regimentern zu je 4 Eskadren erhalten, welche beide zusammen unter Befehl eines Generals eine besondere Kavalleriebrigade zu bilden bestimmt sind. — In Baden hat in Folge der stattgehabten Reduktion der während des vorigen Sommers errichteten Reservebataillone die Rückkehr des badischen Truppenkorps zu seiner früheren Friedensorganisation stattgefunden, wonach sich immer zwei von den vier badischen Infanterieregimentern, in der ersten Brigade mit einem, in der zweiten mit den andern zwei bestehenden Füsilierbataillonen, zu je einer Infanteriebrigade vereinigt befinden. — Aus Erparungsgründen ist in Bayern die ohnehin schon bedeutende Reduktion des Truppenstandes noch weiter ausgedehnt und sind die Kompagnien der Infanterieregimenter und Jägerbataillone inkl. Offiziere und Chargirte vorläufig auf 56 und 64 Köpfe festgesetzt worden. Von allen den im vorigen Jahre neuerlicheten Truppentheilen, deren dauernde Beibehaltung erst beabsichtigt war, besteht zur Zeit nur noch das 4. Artillerieregiment, doch bleibt es ebenfalls noch zweifelhaft, ob dasselbe nicht wieder aufgelöst werden wird. — Die Kämpfe der württembergischen Infanterie sollen eine niedrige Form erhalten, die beiden, im vorigen Sommer neu errichteten württembergischen Jägerbataillone sind dauernd dem württembergischen Truppenkorps hinzugefügt worden. — Alle die in der D. Z. projektierten und bereits veranschaulicht in Probe genommenen Veränderungen in der Uniformirung und Ausrüstung der österreichischen Infanterie sind als dem beabsichtigten Zweck nicht entsprechend wieder aufgegeben worden. Die Veränderungen hierin werden jetzt nur im Anschluß an die vorbandene Uniform und Ausrüstung des Gepäcks und die bei der preussischen Infanterie längst eingeführte Einrichtung, die Patronentaschen an einem Leibgurt zu tragen, hinauslaufen.

Frankreich. [Neue Verfügung.] Vermischtes.] Vom Kaiser Napoleon III. ist so eben die noch aus den letzten Regierungsjahren Louis Phi-

lipps stammende Einrichtung neu eingeschärft worden, daß sich dem Dienstbuche jedes Soldaten die Geschichte des Regiments oder Truppentheils, dem er angehört, vorgelesen befinden soll, resp. daß diejenigen Regimenter, welche noch keine derartige Geschichte ausgearbeitet besitzen, sofort diese Verfäsmiß nachholen sollen. Vor der Revolution von 1848 war die Redaktion dieser Regimentsgeschichten dem Grafen Brabant übertragen. Die Einrichtung an sich verdient wegen ihres unzweifelhaften Nutzens wohl auch anderwärts und namentlich bei unserer Armee mit ihrem künftig so weit ausgedehnten Reserveverhältnis nachgeahmt zu werden. — In Vincennes sind so eben eine neue Gattung von gezogenen Marinegeschützen in Probe gegeben worden, die an Tragweite und Genauigkeit des Schusses angeblich die englischen Armstronggeschütze noch übertreffen sollen. — Der Marineetat und das Offizierkorps der Marine wird eine so ausgedehnte Vermehrung erfahren, daß es dadurch ermöglicht werden würde, den dienstthuenden Stand der französischen Marine bis auf 100,000 Köpfe zu bringen. In den Listen derselben befinden sich gegenwärtig bekanntlich ungefähr 140,000 Matrosen als dienstpflichtig verzeichnet.

England. [Die Verlegung des Arsenals von Woolwich nach Weadon.] Während einerseits der englische „Observer“ die bereits mitgetheilte Räumung und Verlegung des großen Arsenals von Woolwich in das Innere des Landes bereits in allen dabei stattfindenden Einzelheiten ausführt, und auch der größte Theil der übrigen englischen Presse diese Mittheilungen beifällig, bezeichnet das „Court Journal“, übrigens ein nichtoffizielles Blatt, diese Nachrichten als ganz vorläufig (quite premature). Thatsache ist übrigens und wird auch von dem letztgenannten Blatte zugegeben, daß in Weadon oder eigentlich Weadon-Best in der Grafschaft Northampton am Grand-Inkleton-Kanal und inmitten der Kohlen- und Eisenbezirke, bereits ein großes Zentraldepot für Waffen und eine große Geschützerei für die neuen Armstronggeschütze angelegt, wie denn auch von Woolwich die Vorräthe an Eisen und eine bedeutende Menge Kanonenmetall dahin übergeführt worden sind. Nebenbei bleibt auch wohl noch hervorzuheben, daß in dem „ganz vorläufig“ eine eigentliche Ablehnung des Plans und der Absicht zu dieser Verlegung nicht enthalten ist. In einem Werke von Sir Howard Douglas, wohl dem ersten Anreger dieser Idee, wird der Vorschlag, Woolwich zu befestigen, als völlig abenteuerlich bezeichnet, denn der Flächenraum sei zu groß und zur Befestigung und Behauptung derselben würde eine Armee erforderlich sein.

Kolales und Provinzielles.

Posen, 3. Jan. [Ueber die Sitzung der Handelskammer.] welche am 29. v. Mts. stattfand, vernehmen wir Folgendes: Zu dem „Handelstage“, welcher in Berlin im Februar zusammentritt, würden die Mitglieder der Handelskammer: H. Baarh, M. Löwinsohn und B. Jaffe deputirt. Der Magistrat in Gnesen ist wegen der in Frage gekommenen Ausführung der Eisenbahn von hier nach Bromberg bei den betreffenden Ministerien vorstellig geworden; die Herstellung dieser Verbindung ist für die Provinz und die Stadt Posen von so großer Wichtigkeit, daß die von der Oberschlesischen Eisenbahngesellschaft in Betreff des Baues übernommene Verpflichtung ohne Verlegung höherer Staatsinteressen kaum aufgehoben werden kann. Handelt es sich doch zunächst um eine nähere Verbindung des Herzogs der Provinz mit Polen, die rücksichtlich des Handels seit Herstellung der Eisenbahn zwischen Breslau und Warschau beinahe ganz verloren gegangen ist. In Würdigung dieser Umstände wurde beschloffen, gleiche Schritte zu ergreifen, und auch den hiesigen Magistrat um solche zu ersuchen. Der als Sekretär der Handelskammer fungirende Kaufmann Annuk legt, verhindert durch anderweitige geschäftliche Obliegenheiten, sein Amt mit dem 1. d. M. nieder; es wurde seiner Thätigkeit durch den Vorsitzenden dankende Anerkennung gezollt und geht das Amt nunmehr auf den Kaufmann G. Bohl über.

[Erledigt] die evang. Lehrerstelle an der Schule zu Strzyzew (Kr. Krotoschin). Bewerbungen sind an die künftl. Regierung zu Posen zu richten.

[Viehkrankheiten.] Unter den Schafen des Guts Neudorf bei Kalmierz (Kr. Santer) ist der Milzbrand ausgebrochen und sind deshalb für diesen Ort die gesetzlichen Sperremaßnahmen ausgeführt. — Der Milzbrand unter den Schafen des Gutes Schure zu Bierglin (Kr. Wreschen) ist erloschen und die Sperre dieser Ortschaft aufgehoben.

* Kreis Posen, 2. Jan. [Muthmaßlicher Diebstahl.] An der Sandstrasse nach dem Schillingsthor zu, am Wiesenrande, fanden heute Morgens einige Militärpersonen ein erbrochenes Schmuckkästchen, ungefähr 1 1/2 Fuß lang und ebenso breit. Der Kästchen war zertrümmert und die Kostbarkeiten daraus entwendet, nur einige goldene Ohrringe fand man noch daneben im Schnee liegend, die in der Dunkelheit vom Diebe nicht gesehen wurden. Diese Ohrringe nebst dem zertrümmerten Kästchen nahmen jene Personen zu sich, um dieselben nach zu machender weiterer Anzeige dem Eigenthümer zu stellen zu können.

== Gostyn, 1. Januar. [Kreisausschreibung.] Die Bildung der hiesigen Ressource, die schon seit 2 Monaten angestrebt wird, scheint durchaus nicht gelingen zu wollen. Kaum scheint sie zu Stande gekommen, so scheitert wieder ein oder das andere Mitglied des Vorstandes aus, dann wird wieder in Betreff der Wahl anderer Mitglieder keine Einigkeit erzielt, und kommt endlich die Wahl zu Stande, so treten wieder einige Mitglieder aus, weil die Wahl nicht nach ihrem Geschmack war und bilden nun eine Ressource, bei der dieselben Ereignisse erlebt werden. Wir haben nun schon zwei Ressourcen, von denen aber die Zweige allmählich abfallen und eine dritte, der ein gleiches Schicksal droht, beginnt zu entstehen. Es ist bedauerlich, daß diese geselligen Parteilagen sich immer und immer wiederholen. — Bei der Wahl der Stadtvorordneten wurde der Vorsitzende, Dr. Wachtel, wieder gewählt und an Stelle des ausgeschiedenen St. B. Matysiewicz, der Bürger G. Czabanski. Die deutsche Partei hat unter Leitung des Aktuarius Knapp Protest gegen letztere Wahl erhoben; weshalb und ob mit Erfolg, ist mir noch unbekannt.

Neustadt b. V., 1. Jan. [Einbruch; Verhaftungen.] In der Nacht zum 31. v. M. wurde in der hiesigen neu erbauten Synagoge ein Einbruch verübt. Der Dieb war durch ein Fenster eingestiegen und hat den eiseren Gotteskasten, der eingemauert und mit zwei Schlössern versehen war, vermuthlich mit einer eisernen Brechhange aus der Wand gebrochen und mitgenommen. Da indess der Kasten erst vor Kurzem gelehrt war, so dürfte dessen Inhalt sich auf höchstens 25 Sgr. belaufen. — Wie es den Anschein hat, dürfte hier die Winterferien, von denen schon seit mehreren Jahren kaum noch eine Spur zu finden war, in diesem Jahre neues Leben erhalten. So fanden vor Kurzem in Lubasz und Olupon großartige Jagden und gewöhnlich bald darauf ein andres Vergnügen, und vorgelesen auf Schloß Neustadt ein großartiger Ball statt, auf welchem meist deutsche Gutsbesitzer hiesiger und Pomeranischer und dem höheren Bürgerstande angehörenden Personen, Richter u. anwesend waren und der glänzend gewesen sein soll. Am Sylvesterabend war auch hier ein Bürger- und Beamtenball arrangirt.

S. Rawicz, 2. Jan. [Kreistagsbeschlüsse; Einberufung.] Bei dem letzten Kreistage wurde zunächst der Etat der Kreis-Kommunalkasse für 1860/62 nach folgendem Entwurf festgestellt: Die Einnahme von 9800 Thlrn. beträgt aus den Jagdarten 100 Thlrn., aus den Kreischauffeen 6879 Thlrn. und an Kreis-Kommunalkassebeiträgen 2811 Thlrn. u. Die Ausgabe, welche mit der Einnahme balancirt, für Kreistagskosten 80 Thlrn., für das Kreis-Erbschaftsgeld 100 Thlrn., die Distriktsämter 1040 Thlrn., Remuneration für den Rentanten 225 Thlrn., Substanzkosten für die Impfzettel 200 Thlrn., für das Kreisblatt 150 Thlrn., zur Verzinsung der Kreisschulden 750 Thlrn., zur Unterhaltung der Chauffeen 6879 Thlrn., Beisitzer für die Blindenanstalt in Wollstein 50 Thlrn., Landtagskosten und unvorhergesehene Ausgaben 309 Thlrn. u. Hierauf erfolgte die Genehmigung des Antrages mehrerer Gutsbesitzer wegen anderweitiger Feststellung des Haasfisches zur Vertheilung der Kreis-Kommunalkasse. Alsdann wurde der Beschluß gefaßt über Verwendung des Erlöses aus dem Kreis zurückgegebenen Landwirthschaften. Es wurden außerordentliche Beiträge aufgebracht 19,617 Thlrn. Die Ausgaben betrugen für angekaufte Pferde 17,261 Thlrn., für die Landwehrfrauen 518 Thlrn., Es blieb daher Bestand 1838 Thlrn. Der Erlös aus den verkauften Pferden betrug 9861 Thlrn. Hiervon gehen ab die Kosten für die 1858 gestellten Landwehr-Lebungsperde mit 3240 Thlrn., welche nicht aufgebracht, sondern aus den bereiteten Fonds vorgeschossen wurden und jetzt diesen zurückerstattet worden sind, weshalb noch über 7559 Thlrn. zu disponiren blieb, wovon jedoch 850 Thlrn. an Vorschüssen für Offizierspferde bei den Bataillonen ausgeben. Es wurde beschloffen, daß aus dieser Summe die Kreis-Kommunalkassebeiträge für 1860 ganz und die Provinzialbeiträge zum Theil gedeckt werden sollen, und daß beziehungsweise diese Beiträge nicht aufgebracht zu werden brauchen. — Der Vorstand des St. Vincenz-Vereins ist auch dieses Mal durch die Mithätigkeit mehrerer unserer Einwohner in den Stand gesetzt worden, 40 arme Kinder mit 11 Knaben, und 16 Mädchen, 13 Paar Schuhe, 15 Hemden, 10 Paar Strümpfen, 5 Paar Hosen, 3 Röcke, 3 Kleider, 3 Tüchern, 2 Paar Handschuhen und 1 Schürze am Weihnachtstage zu erfreuen.

Wollstein, 2. Januar. [Kath. Waisenanstalt; Gottesdienst; Preise.] Die Zahl der Waisenkinder in der hiesigen kath. Waisenanstalt nimmt immer mehr zu. Erst neuerdings sind derselben wieder einige Böglinge aus dem Potsdamer Militärwaisenhause überwiesen worden, worfür die dortige Direktion an die hiesige eine jährliche Remuneration von 30 Thlrn. pro Kind zahlt. Da indess die Räumlichkeiten in der Anstalt zur bequemen Unterbringung der Böglinge und der an derselben Anstalt als Erzieherinnen wirkenden Barmherzigen Schwestern nicht mehr ausreichen, so beabsichtigt der hiesige Probst Amann, das Anstaltsgebäude im Frühjahre d. Z. um ein Stockwerk zu vergrößern und hofft derselbe, die Baukosten, die sich auf ungefähr 4000 Thlr. belaufen würden, durch freiwillige Gaben zusammenzubringen. Es sind ihm auch bereits von vielen Seiten ganz respectable Zuschüsse gemacht worden. Die Anstalt ward 1849 durch Fräulein Adela v. Gajewska, die 6000 Thlr. zur Sicherung der Subsistenz der Erzieherinnen hergegeben hat, mit nur wenigen Böglingen eröffnet; jetzt zählt sie deren 54 (44 Mädchen und 5 Knaben). Die Mädchen werden in der Anstalt selbst in beiden Landessprachen und den anderen für's Leben nothwendigen Kenntnissen und Fertigkeiten theils durch die Barmherzigen Schwestern, theils durch den Probst Amann unterrichtet. Die Knaben besuchen die kath. Stadtschule. Zweck der Anstalt ist: die Waisen bis nach zurückgelegtem 14. Lebensjahre zu verpflegen, zu unterrichten und zu erziehen, und sie zu befähigen, in irgend ein Dienstverhältnis zu treten. Kinder, die nach Erfüllung des 14. Lebensjahres körperlich noch zu schwach sind, verbleiben so lange in der Anstalt, bis ihr Körper gestärkt ist. Die Mädchen, die die Anstalt bereits verlassen haben, sind bei Herrschaften als Köchinnen und Stubenmädchen untergebracht und haben noch die Verantwortung zur Last, Seitens der Herrschaft gegeben. Die Anstalt wird größtentheils durch milde Beiträge, die namentlich ihr von kath. Geistlichen und Gutsbesitzern reichlich zufließen, unterhalten. Außerdem erwacht der Anstalt noch eine Geldeinnahme dadurch, daß die erwachsenen Mädchen mit Häben von Wäsche gegen Entschädigung beschäftigt werden. Die auf diese Weise erzielte Einnahme beträgt ca. 80 Thlr. jährlich. Es kommt auch nicht selten vor, daß wohlhabende kath. Familien vom Gande ihre Kinder, Behufs ihrer sittlichen und religiösen Erziehung in die Anstalt geben und hierfür dieselbe entschädigen. — Am Sylvesterabend ist diesmal (was sonst nie geschah) auch in der hiesigen kath. Kirche Gottesdienst gehalten, wobei vor einer zahlreichen Versammlung in deutscher und polnischer Sprache gepredigt worden. — Im Laufe des verfloffenen Monats sind die Getreide- und Futterpreise nur eine Kleinigkeit in die Höhe gegangen. Die Durchschnittspreise hielten sich: pro Scheffel Weizen 2 Thlr. 22 1/2 Sgr., Roggen 1 Thlr. 26 Sgr., Gerste 1 Thlr. 20 Sgr., Hafer 1 Thlr. 16 Sgr., Buchweizen 1 Thlr. 22 Sgr., Erbsen 2 Thlr., Bohnen 1 Thlr. 23 Sgr., Kartoffeln 16 Sgr., der Zentner Hen 20 Sgr., das Schaf Stroh 6 Sgr.

Snawracław, 1. Jan. [Eisenbahn.] Der Handelsminister hat das hier zusammengetretene Eisenbahnamt in Weidenfeld ablehnend beschieden. Das Komitè hatte, wie wir berichtet, für die Bromberg-Thorn-Bahn eine abweichende Linie mit Rücksicht auf einen später zu bauenden Schienenweg, der Posen über Gnesen und Snawracław verbinden soll, empfohlen. In dem vor einigen Tagen ergangenen Bescheide des Handelsministers wird nun bemerkt, daß Rücksicht auf die Projekte Gnesen-Snawracław-Thorn und Bromberg-Snawracław für jetzt nicht maaßgebend sein können, da es noch keineswegs feststehe, daß für diese Linien sich geeignete Unternehmer finden würden. (B. Z.)

Angekommene Fremde.

Bom 1. Januar.
STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Rittergutsb. Graf Grabowski aus Grylewo, Hauptmann im 14. Inf. Regt. v. Baginski aus Gnesen, Gutsbesitzer Scheel und Posthalter Lehmann aus Polajeno.
HOTEL DU NORD. Königl. Kammerherr und Rittergutsb. Graf Zoltowski aus Czacz, die Rittergutsbesitzer Graf Wlasyński aus Pawlowo, v. Krzyzanski aus Sapowice und v. Madonski aus Kozeczin, Bankier Braumann aus Warschau und Kaufmann Wajrich aus Diersdorf.
SCHWARZER ADLER. Lehrer v. Karwowski aus Gela und Dr. med. Kompf aus Breslau.
BAZAR. Die Gutsb. v. Bronikowski aus Willowo, Graf Storzewski aus Czarniewo, v. Kierski aus Podolice und v. Gutry aus Paryz, die Gutsb. Frauen v. Rembowska aus Grattowo und v. Saraczewska aus Saraczewo.
MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Gutsb. Graf Garnecki aus Ratow, v. Dufing aus Daber und Herrmann aus Schlesien, Ingenieur Schulze aus Königsberg, die Kaufleute Schmidt, Ephraim, Jäger und Gidion aus Berlin, Gumpert aus Wien, Ollendorff aus Rawicz und Perzog aus Dresden.
HOTEL DE PARIS. Die Gutsb. v. Grabski aus Rastow und Lawicki aus Krucz, Geistlicher Stachowiak aus Gnesen, die Gutsb. v. Peterdort und Rosnowski aus Rastow, Gutsb. v. Injpektor Bremer aus Lutowo, Generalbevollmächtigter v. Grabowski aus Uchorowo, die Gutsb. v. Bernhardt aus Winnagora, und Bulczynski aus Mierzanowo.
HOTEL ZUR KRONE. Die Kaufleute Bernhard aus Eissa, Sungmann und Neustadt aus Rawicz.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Nothwendiger Verkauf.
Das den Erben der verstorbenen Böttchermeister Johann Heinrich und Eva geb. Freter-Strombergergehörigen Erbschaftsgegenstände, in der Thormerstraße zu Bromberg unter Nr. 207 belegene Grundstück, abgetheilt auf 5544 Thlr. 21 Sgr. 1 Pf. zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzulebenden Tare, soll theilungsbarber am 15. Mai 1860 Vormittags 11 Uhr an ordentlichem Gerichtsstelle subhastirt werden. Alle unbekannten Realpräventenden werden aufgeboten, sich bei Vermeidung der Präklusion spätestens in diesem Termine zu melden.
Bromberg, den 16. September 1859.
Königl. Kreisgericht. Erste Abtheilung.

Nothwendiger Verkauf.
Kreisericht zu Ostrowo.
Das dem Franz Fawer Ostrowitz gehörige Rittergut Gostyczyn, abgetheilt auf

36,602 Thlr. 11 Sgr. 5 Pf. zufolge der, nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzulebenden Tare, soll am 14. Juni 1860 Vormittags 10 Uhr an ordentlichem Gerichtsstelle subhastirt werden. Zugleich werden alle diejenigen, welche wegen einer aus dem Hypothekenschein nicht ersichtlichen Realforderung ihre Befriedigung aus den Kaufgeldern beanspruchen, hiermit aufgefordert, sich damit bei dem Subhastationsgericht zu melden.
Ostrowo, den 30. Oktober 1859.

Bekanntmachung.
Am 21. d. Mts. ist auf der Chauffee nach Schwarsen ein neues gelbes großes Rad, zu irgend einer Maschine gehörig, mit Nummer 44 bezeichnet, gefunden worden.
Der Eigentümer kann solches gegen Erstattung der Injektionskosten in Empfang nehmen.
Posen, den 28. Dezember 1859.
Königlicher Distriktskommissarius.

Sch. beginne mit einem neuen Gesangsunterricht für Herren. Der Unterricht findet in den Abendstunden wöchentlich ein- auch zweimal statt. Namentlich allen denjenigen Herren zu empfehlen, welche einem Gesangsverein beizutreten beabsichtigen.
A. Vogt, königl. Musikdirektor.

Zwei Knaben, welche von auswärtig zum Besuch der Gymnasien oder Realchule für die unteren Klassen hierher gegeben werden kann ich noch in Pension nehmen. Posen, 2. Jan. 1860.
Mühlenstraße Nr. 3.
Valentin, Dekonom. Kom.

Die Verpachtung.
Der sehr frequenten Restauration in dem jetzt bedeutend erweiterten Schützenhause zu Rawicz soll vom 1. April 1860 ab auf anderweitige sechs Jahre stattdessen.
Termin hierzu ist auf Dienstag den 31. Januar 1860 Vormittags 11 Uhr.
in unserem Schützenhause anberaumt, bis zu welchem die Offerten frankirt und versiegelt an unsern Verweiser, Herrn G. Kupke, eingereicht sein müssen, wo dieselben in Gegenwart der etwa erschienenen Reklutanten werden eröffnet werden. Die näheren Bedingungen liegen bei Herrn G. Kupke zur Einsicht aus, von denen Abschriften gegen Erstattung der Kopialien verabreicht werden.
Rawicz, den 1. Januar 1860.
Der Vorstand der Schützengilde.

Die unter dem Namen Dr. Kinsmann'sche Heil- und Pilegeanstalt für Gemüthsfranke in Berlin, Schönbauer Allee Nr. 9, welche seit 40 Jahren besteht, ist nach dem Tode meiner Mutter auf mich übergegangen. Dies Privatinstitut für männliche und weibliche Kranke werde ich wie bisher unter obiger Firma fortführen, wovon ich, besonders den Herren Ärzten, Anzeige zu machen mich beehre.
Berlin, den 28. Dezember 1859.
Marie Schneider geb. Kinsmann.

